

# Reader zum Workshop Utopie und Praxis des antiautoritären Kommunismus

## Einige Aspekte zu Institutionen und Mechanismen der Räte­demokratie: Gewaltenteilung, Politik, Orte des Entscheidens und Wahlen

Im Nachdenken über Räte­demokratie könnte man zwischen zwei ‚Vibes‘ unterscheiden: Es gibt die hoffnungsvolle Ansicht, dass sich im Rahmen einer gesellschaftlichen Umwälzung schon alles irgendwie klärt und ergibt; es gelte, auf die Intelligenz, Expertise und Spontaneität der Menschen zu vertrauen. Und tatsächlich manifestierte sich ja in jeder Räte­revolution auf beeindruckende Weise die Handlungskompetenz der Menschen, die ganz plötzlich über sich hinaus wachsen – zumindest in den anfänglichen Phasen. Daneben – und bei manchen Denker\*innen auch gleichzeitig – gibt es die Ansicht, dass eine Räte­demokratie klären muss, welche Institutionen sie sich schafft, die dauerhaft und zuverlässig eine alternative gesellschaftliche Ordnung und Reproduktion gewährleisten. Sehen wir von einer Art Revolutionsromantik ab, die denkt, dass man lediglich plündern und umverteilen müsse, erweist sich die Einsicht als zentral, dass Räte während der Revolution allen voran eine möglichst reibungslose und zumindest einigermaßen effiziente Reproduktion der Gesellschaft leisten müssen.<sup>1</sup> C. Castoriadis betont an dieser Stelle des Nachdenkens über Räte, dass diese Institutionen so beschaffen sein müssen, dass sie sich niemals entkoppeln und verselbständigen.<sup>2</sup> Sie müssen die Erstarrung einer einmal beschlossenen ‚Konstitution‘ verhindern, und stattdessen die Offenheit, das konstituierende Moment, garantieren. Die neuen gesellschaftlichen Strukturen müssen für die Menschen jederzeit grundsätzlich ‚verfügbar‘ sein, sodass es im Ergebnis keine ‚Verfassungsfeinde‘ mehr gibt, sondern nur Menschen, die gegebenenfalls Strukturen verändern möchten. Dieser zweite Vibe – die Betonung der Notwendigkeit von Institutionen – ist dann Ausgangspunkt des Nachdenkens über vier prinzipielle Punkte, die räte­demokratische Konzepte unter anderem zu klären hätten. Diese folgenden Punkte beziehen sich auf die Ausgestaltung von Räten *als Institutionen*. Daneben oder eher ‚davor‘ gibt natürlich prinzipielle Punkte, über die Klarheit herrschen sollte, allen voran die Einsicht, dass Räte allein dann Institutionen einer alternativen Ordnung sein können, wenn das Privateigentum an Produktionsmitteln langfristig ausgehebelt wird und damit auch die Trennung von gesellschaftlichen Sphären in Politik/Ökonomie/Zivilgesellschaft sinnlos wird. Ansonsten wäre eine Räte­demokratie gegenstandslos<sup>3</sup> und/oder würde langfristig von konkurrierenden bürgerlich-demokratischen Strukturen, die ja auf dem Faktum des Privateigentums aufbauen, geschluckt werden. Diese letzteren Aspekte sind weniger Fragen von Mechanismen, sondern mehr von theoretischen Prinzipien, und sie wären an anderer Stelle zu klären.

---

1 Darauf weisen unterschiedlichste Denker\*innen hin, z.B. Rätekommunisten (GIK 1930: Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung) und lange vor ihnen schon der Anarchist Pierre Ramus (1923: Die Neuschöpfung der Gesellschaft).

2 C. Castoriadis‘ Aufsätze: On the Content of Socialism I und II, The Hungarian Source, Socialism and Autonomous Society, General Introduction. In seinen gesammelten Schriften auf [libcom.org](http://libcom.org) abrufbar.

3 Marx (1871: Bürgerkrieg in Frankreich) und im Anschluss an ihn Karl Korsch (1929: The glorious Paris Commune) wiesen explizit darauf hin. Auch neuere Räte-Denker\*innen bestehen darauf, z.B. in den Sammelbänden von Kets & Muldoon (2019: The German Revolution and Political Theory), Muldoon (2018: Council Democracy), wobei der Punkt leider oft nicht konsequent zu Ende gedacht wird bzw. der Zusammenhang zwischen Privateigentum und Sphärentrennung (Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft) nicht ausreichend begriffen wird.

## 1. Wer entscheidet? Wer führt aus?

In der bürgerlichen Demokratie gilt die Gewaltenteilung zwischen Exekutive, Legislative und Judikative. Typischerweise wird diese Gewaltenteilung in Räte-Revolutionen aufgehoben und – mehr oder weniger gründlich und bewusst – reorganisiert. Während sich eine Demokratisierung und Umorganisation der ‚Judikative‘ recht leicht vorstellen lässt, ist es bei der Legislative und Exekutive viel schwieriger. Ausgangspunkt ist: Irgendeine Art von ‚Gewaltenteilung‘ muss es geben, da es sich letztlich um die Frage handelt ‚Wer entscheidet?‘ bzw. ‚Wer führt aus?‘ – auch wenn wir die Begriffe von ‚Gewalten‘, ‚Gesetzen‘ etc. im Kontext einer Räte-demokratie dekonstruieren und anders rekonstruieren. Was sagen Räte-Denker\*innen zu diesem Thema? Marx‘ Diktum über die Pariser Commune gilt vielen als wegweisend: Sie sei „gesetzgebend und vollziehend zugleich“, d.h. Räte bilden eine Einheit von legislativer und exekutiver Kompetenz und sind von der Seite der Ausführung dominiert: Diejenigen, die es ausführen müssen/wollen/sollen, die entscheiden auch darüber. Dieser Gedanke kommt in Sutterlüttis et al. Konzept im Begriff der ‚Do-o-cracy‘ zum Tragen (wo eben das Tun oder die Tugenden im Vordergrund stehen). Verständlich ist diese Betonung der exekutiven Seite vor dem Hintergrund, dass Rätekonzepte im 20. Jahrhundert vor allem innerhalb der Arbeiter\*innenbewegung weitergedacht wurden: Die Arbeitnehmer\*innen/Ausführenden, die ja in der repräsentativen Demokratie völlig ausgeschlossen sind von jeglicher Mitentscheidung über die Dinge, die sie qua Arbeitsvertrag verpflichtet sind auszuführen, standen nun im Mittelpunkt. Die Mehrheit der Räte-denker\*innen folgt dieser Logik irgendwie oder lässt das genaue Verhältnis von entscheiden/ausführen im Unklaren.

## 2. Verschwindet die Politik? Wird alles Verwaltung?

Dem Modell ‚Einheit von Legislative und Exekutive‘ wohnt jedoch eine Annahme inne, die hinterfragt werden müsste: Die Idee nämlich, dass in einer nicht-kapitalistischen Gesellschaft keine schwerwiegenden Interessenskonflikte aufkommen, die verhandelt werden müssten, sodass letztlich alle Fragen ‚Verwaltungsfragen‘ seien, die rein sachlich-technisch geklärt werden könnten.<sup>4</sup> Selbst wenn wir davon ausgehen, dass mit dem Kapitalismus auch Konkurrenz und Partikularinteressen prinzipiell verschwinden (Parteien werden obsolet, es gibt keine konkurrierenden Unternehmen, etc.), selbst dann verkennt die Annahme, dass der Kommunismus letztlich eine ‚Frage der Verwaltung‘ (Engels) bzw. der Statistik und Buchführung sein werde (Rätekommunist\*innen), dass es sehr wohl Prioritäten- und Interessenskonflikte geben wird, wann immer eine Gesellschaft Entscheidungen über ihre ‚Reproduktion‘ fällen muss: Was produzieren wir, warum und wie? Wie reproduzieren wir uns gesamtgesellschaftlich? [Anmerkung: Das schließt selbstverständlich Bereiche wie Care mit ein und meint nicht nur industrielle Güterproduktion). Diesem Moment des Politischen versucht dagegen vor allem Murray Bookchin Rechnung zu tragen, was ihn mit Hannah Arendt verbindet – beiden ist daran gelegen, das Politische zu retten, selbstverständlich nicht im Rahmen der Parteienpolitik und der Repräsentation, sondern im Sinne der athenischen Polis, in der die Bürger gemeinsam über ihre Belange entschieden.<sup>5</sup> Bookchin besteht ganz explizit darauf, dass es unbedingt eine klare Trennung geben müsse: Versammlungen (‚assemblies‘) sind die Orte oder Institutionen der absoluten Entscheidungsgewalt: Hier diskutieren und entscheiden alle, die betroffen sind oder sich berufen fühlen, mitzudiskutieren, was letztlich getan/gebaut/geplant werden soll. Getrennt davon sind die Räte (‚councils‘), die allein ausführend sind und von Expert\*innen jeweiliger Bereiche getragen werden. Man kann sie sich als gründlich demokratisierte Arbeitsbranchen vorstellen (Betriebe, Schulen, Verwaltungen etc.). [Anmerkung: Es mag verwirrend sein, dass Bookchin’s ‚assemblies‘ in den anderen Konzeptionen ‚Räte/councils‘ heißen; entscheidend ist, was gemeint ist, egal ob man die Versammlung ‚Rat‘ nennt oder ‚Versammlung‘, und dann eben die ausführende Seite anders benennt.] Interessanterweise folgt die Struktur der zapatistischen Selbstverwaltung ziemlich genau dieser Idee der Doppelstruktur, in der ‚politische‘ Organe im Zentrum stehen und die höchste legislative Entscheidungsgewalt darstellen (die asambleas auf lokaler, regionaler, überregionaler Ebene, sowie die ‚consulta‘), während regierende Organe (Junta, Kommissionen, Räte/consejos) vor allem exekutive Funktionen haben. Ein genauerer Blick auf die Zapatistas lohnt sich ungemein, weil sie bereits Erfahrungen damit gemacht

---

4 Adamczak hat überzeugend argumentiert, warum eine solche Harmonie weder realistisch noch wünschenswert ist (Adamczak 2017: Beziehungsweise Revolution).

5 Bookchin (z.B. 2015: The Next Revolution; 2008: Free Cities: Communalism and the Left), Arendt (1963: Über die Revolution; 1958: Reflections on the Hungarian Revolution). Als Post-Marxist und –Anarchist weiß Bookchin natürlich um die teilweise Lüge dieser athenischen Bürger-Freiheit, die auf der Sklaverei beruhte.

haben, welche Machtdynamiken eine ‚unpolitische‘ Exekutive, in der sich zunehmend Expertise sammelt, entfalten kann – und wie man dem institutionell begegnen kann.<sup>6</sup>

### 3. Wo wird entschieden?

Mit der ersten Frage „Wer entscheidet?“ hängt die Frage zusammen, wo entschieden wird. Es geht um den geographischen und auch sozialen Ort des Entscheidens. Klar ist: ‚Parlamente‘, bestehend aus Abgeordneten, die allein ihrem Gewissen (oder gar einem Fraktionszwang/einer Partei) verpflichtet wären, gibt es nicht. Anstelle des Parlaments gibt es dann grundsätzlich zwei Möglichkeiten, wo das Entscheiden sozial-räumlich verankert wird: Entweder im Bereich der ‚Arbeitswelt‘ oder aber im Bereich der Kieze, der Straße, des Dorfes, der Stadtteile, Städte etc. Im geschichtlichen Kontext der Arbeiter\*innenbewegung war klar, dass es der Betrieb sein müsse, wo sich Räte bilden, in denen dann auch verbindlich entschieden wird (die Rätekommunist\*innen stellten sinnvollerweise klar, dass die betrieblichen Entscheidungen selbstverständlich nicht isoliert galten, sondern die Planung insgesamt gesellschaftlich erfolgen müsse, als sozusagen ‚dezentrale Planwirtschaft‘). Sowohl die Idee der Do-o-cracy als auch die rätekommunistische dezentrale Planwirtschaft priorisieren anscheinend die Produktion als Ort der Entscheidungskompetenz. Aber auch, wenn es nicht die Betriebe sind, die im Zentrum stehen: Gibt es in Rätekonzeptionen Instanzen, die über-lokale und über-regionale planerische und entscheidende Kompetenzen haben, stellt sich die drängende Frage, wo solche Instanzen herkommen, wer sie ins Leben ruft und wie sie sich zusammensetzen. Gehen wir davon aus, dass ‚Politik‘ – in etwa verstanden als das Bearbeiten gemeinsamer Belange und unterschiedlicher Wünsche – auch im Kommunismus notwendig bleibt, braucht sie einen angemessenen institutionellen Ausdruck.

### 4. Welche Rolle spielen Wahlen?

Rätedenker\*innen lehnen *repräsentative* Wahlen grundsätzlich ab. Zum Beispiel Castoriadis halt Repäsentation für „a form of political alienation. Political power is expropriated from the ‘represented’ and appropriated by the ‘representatives’. To decide is to decide oneself. It is *not* to ‘decide’ who is going to decide. This expropriation is veiled by the juridical form of periodical elections.“ (Castoriadis 1963, The Hungarian Source). Sogar Arendt lehnt periodische, repräsentative Wahlen kategorisch ab (Arendt 1963). Hier sind sich wirklich alle einig. Gleichzeitig scheinen Wahlen als Bestandteil von Räte­demokratie gedacht zu werden: Das ZK der Pariser Commune war gewählt; gerade auch die neu organisierte ‚Judikative‘ zeichnet sich dadurch aus, dass Richter\*innen gewählt werden, und die Soldat\*innen wählen ihre Offiziere. Empirisch ist es so, dass in den meisten Räte-Revolutionen Räte auch durch Wahlen gebildet wurden. Nun kann gesagt werden: Es sind nur Delegierte, die ‚ausgewählt‘ werden, die im Rahmen des ‚imperativen Mandats‘ allein die Entscheidungen der legislativen Instanz (‚Assembly‘ oder eben ‚Rat‘) ‚weitertragen‘ dürfen, dabei aber eben an ihre entsendende Basis gebunden bleiben (wenn sie dies missachten, werden sie abberufen). Es bleibt in Rätekonzeptionen jedoch bislang meist unklar: Werden ‚Delegierte‘ auf Zeit gewählt – und ist dann vielleicht die Kürze der ‚Wahlperiode‘ ein wichtiger Mechanismus? Oder werden Delegierte nur für eine einzige Entscheidungsübermittlung entsandt – und wie realistisch ist dies vor dem Hintergrund komplexer Planungs- und Diskussionsprozesse? Ist es möglich, auf Wahlen ganz zu verzichten – etwa weil es kein Zentralkomitee, keine Vorsitzenden braucht und jede\*r sich eben beteiligen kann wie es ihm/ihr beliebt? Es scheint, dass die Frage von Wahlen und Wahlmechanismen keine ist, die sich rein theoretisch-prinzipiell klären lässt. Der Blick auf Erfahrungen aus Räte­revolutionen könnte helfen (z.B. Chiapas, Rojava), wobei in Räteexperimenten Wahlen oft die unterschiedlichsten Bedeutungen annehmen und die Mechanismen und Geltungsbereiche von Wahlen sehr uneinheitlich gehandhabt wurden/werden: Werden etwa Generalversammlungen gewählt, die dann entscheiden (so häufig in Räteexperimenten, vor allem in frühen Phasen)? Von wem und wie lang – oder wäre dies schon nicht mehr zulässig, weil dann andere entscheiden und nicht mehr ‚man selbst‘? Werden (Bookchins) Räte demokratisch legitimiert oder werden sie von den ‚assemblies‘ bestimmt? Dies sind nur einige Fragen, die sich beim Themenkomplex ‚Wahlen‘ ergeben.

Zuletzt sei ein Gedanke aufgeworfen, der möglicherweise relativiert, was zu Beginn behauptet wurde: In Rojava wird sich zeigen, inwiefern die nachträglich (2014) geschaffenen bürgerlich-parlamentarischen Strukturen das zuvor ins Leben gerufene Räte­system (seit 2011) unterwandern, sabotieren und schlucken wird, oder eine sogenannte ‚Doppelherrschaft‘ tatsächlich gelingen kann. Theoretisch spricht vieles dagegen, da die Souveränität

---

6 Simon Schuster (2017: Demokratie des gehorchenden Regierens).

der Räte damit in Frage gestellt ist.<sup>7</sup> Die zapatistische Selbstverwaltung konfrontiert die Rätetheorie im Hinblick auf die Abschaffung des Privateigentums als *conditio sine qua non*: Die Selbstverwaltung funktioniert trotz Geld und nur unvollständiger Vergesellschaftung von Eigentum – auch wenn das dann kein Kommunismus ist, ist nicht zu leugnen, dass das eine funktionierende, ausschließliche Räte-Struktur ist, die möglicherweise doch transformativ-evolutionär in eine kommunistische Ordnung übergehen könnte.<sup>8</sup> In jedem Falle sollte das theoretische Nachdenken über Räte solche real-existierenden Räteexperimente nicht leichtfertig abtun („die haben ja noch Geld“, „das ist ja eine unterkomplexe bäuerliche Ökonomie und nicht übertragbar auf Industrieländer“, „weil die PKK das Sagen hat, kann nichts Emanzipatorisches rauskommen“), sondern viel genauer hinschauen, wie solche Versuche Räte institutionell ausgestalten und damit mehr Erkenntnisse über Räte als Institutionen einer alternativen gesellschaftlichen Ordnung ermöglichen.

## Warum eigentlich Räte?

Viele sozialistisch-/kommunistisch-/anarchistisch-/emanzipatorisch-gesinnten Denker\*innen teil(t)en nicht nur Kritik an der real-existierenden repräsentativen Demokratie: Als staatsfixierte Demokratie, in der die Menschen ihre Handlungsmacht Souveränität über repräsentative Wahlen zweitweise auf Vertreter\*innen übertragen, als Herrschaftsform, in der sich die Arbeitswelt vollkommen der demokratischen Gestaltbarkeit entzieht (Privateigentum an Produktionsmitteln, Verfügungsgewalt über Arbeitskraft) – als solche ist diese Demokratie allenfalls eine minimale Demokratie. Wenn die Arbeiter\*innenbewegung seit dem 19. Jahrhundert eine kommunistische Alternative anstrebte, dann immer auch in der Motivation, Demokratie auszuweiten. Demokratie-Kritiker\*innen – frühere und heutige – teilen sehr häufig auch die Ansicht, dass es nur eine wünschbare Alternative zur minimalen, etatistischen Demokratie geben kann, und zwar: eine Rätedemokratie. Es ist, als teilten unterschiedliche Denker\*innen das Wissen um die eine Zauberformel – „Räte“, während der Zauberspruch sehr unterschiedliche Probleme lösen soll. Während die Antwort klar zu sein scheint, ist die Frage jedesmal anders gestellt. Das sind manchmal vielleicht nur Nuancen, manchmal offenbaren die verschiedenen Fragestellungen aber auch, dass die erwünschte Rätedemokratie so oder so aussehen könnte.

Die unten stehende Tabelle macht Vorschläge, wie bestimmte Denker\*innen/Strömungen die entscheidende Frage formulieren, die sie selbst dann mit „Räte“ beantworten würden. Wollte man sie in grobere Gruppen einteilen, könnte man von drei bis vier Paradigmen sprechen: Ein instrumentelles Paradigma, das Räte darauf reduziert, als Kampforgane während einer Revolution zu fungieren, um die bestehende Ordnung auszuhebeln (Lenin/Bolschewismus). Ein zweites, eher ganzheitliches Paradigma, in dem Räte die Basis und das zentrale strukturierende Prinzip der nach-revolutionären Ordnung sind, sie können Mittel in der Revolution sein, aber sie sind auch gewissermaßen Zweck. Zu diesem zweiten Paradigma wären die allermeisten Marxist\*innen und Anarchist\*innen zu zählen. Das dritte Paradigma, von Hannah Arendt vertreten, wäre ein politizistisches: Arendt geht es nicht um die Umkrempelung der gesamten sozialen Ordnung, sondern um die wahrhafte Demokratisierung der politischen Sphäre allein. Belange der gesellschaftlichen Re-/Produktion sind explizit ausgeschlossen, womit die Basis der gesellschaftlichen Sphärentrennung in Politik und Ökonomie – und damit das Privateigentum – unangetastet bleiben. Anstatt Hannah Arendt dies (zu recht) vorzuwerfen und ihren Ansatz wegen seiner blinden Flecken und Widersprüchlichkeiten zu verwerfen, macht es Sinn, ihre Motivation im Blick zu behalten – ‚das Politische‘ und den Moment von ‚Freiheit‘, der in Revolutionen aufscheint, dauerhaft zu erhalten. Anstatt Bookchin bzw. Castoriadis ins zweite Paradigma einzuordnen (was möglich wäre, denn sie sind nah an marxistischen und anarchistischen

---

7 Zu Strukturen in Rojava siehe Schmidinger (Rojava: Revolution, war and the future of Syria's Kurds) und Flach/Ayboga/Knapp 2015: Revolution in Rojava.

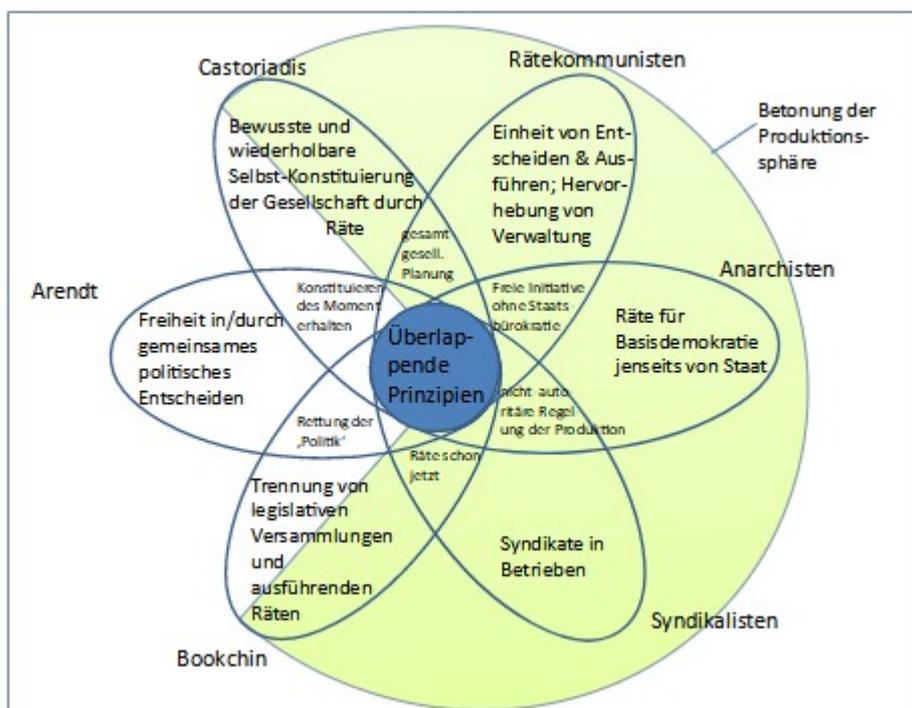
8 Adamczak hat darauf hingewiesen, dass die Vorstellung, man könnte klar zwischen revolutionärem Bruch versus evolutionärer Transformation trennen, möglicherweise nicht sinnvoll ist – ohne dann bei der dem Reformismus einer Sozialdemokratie landen zu müssen.

Traditionen dran), könnte man an ein viertes Paradigma denken, das Aspekte von Paradigma zwei und drei synthetisiert und die Frage „warum Räte“ nochmal anders beantwortet.

Autor*innen	Warum Räte?	Wo und Wer?
<b>Lenin/Bolschewismus</b>	Wie können wir die gegenwärtige Ordnung zerstören?	Die Arbeitswelt: Die Arbeiter*innen
<b>Rätekommunist*innen</b>	Wie können die gesellschaftliche Produktion und Verteilung technisch durch die Produzent*innen selbst reguliert werden?	Die Arbeitswelt: Produzent*innen und Konsument*innen
<b>Anarcho-Kommunismus...</b>	Wie können die Tyrannei des Staats und die Herrschaft des Kapitals überwunden und eine basisdemokratische Gesellschaft geschaffen werden?	Die Arbeitswelt (und die Nachbarschaften): Arbeiter*innen (und Bewohner*innen)
<b>...und Syndikalismus</b>	... und wie kann die Revolution vorbereitet und die Produktion während der Revolution am Laufen gehalten werden?	Die Arbeitswelt: Die Arbeiter*innen
<b>Arendt</b>	Wie kann die direct-demokratische Erfahrung in Revolutionen, der Moment, in dem Freiheit aufscheint, gehalten und in ein post-revolutionäres Setting überführt werden?	Die Sphäre der politisierten Öffentlichkeit: Die Bürger*innen
<b>Bookchin</b>	Wie können wir eine wahrhaft demokratische Regierungsform schaffen und Kapitalismus und Staat überwinden?	Nachbarschaften, Städte: Bürger*innen (und Arbeiter*innen)
<b>Castoriadis</b>	Wie kann sich eine Gesellschaft <i>bewusst</i> und <i>anhaltend</i> selbst-instituieren/konstituieren?	Arbeitswelt: Die Arbeiter*innen

Abgesehen vom instrumentellen Blick auf Räte (Bolschewismus), bietet jede Denker\*in/Strömung mindestens jeweils eine herausragende Betonung, die wir für unser Nachdenken über Räte unbedingt in Betracht ziehen sollten. Wenn man die Ansätze kontrastiert, kann man sowohl ihre Überschneidungen (innen) als auch ihre besonderen Betonungen (außen) erfassen, wie in der Grafik unten vorgeschlagen. Den Vordenker\*innen und -Kämpfer\*innen der Arbeiter\*innenbewegung (Anarchismus, Marxismus, Syndikalismus etc.) verdanken wir die Einsicht, dass es bei einer gesellschaftlichen Transformation Richtung Räte­demokratie ums Ganze geht: Nicht ein bisschen mehr direkte Demokratie in der politischen Sphäre, nicht ein bisschen mehr Arbeitermitbestimmung, sondern eine komplette Aushebelung des Privateigentums, um den gesamten gesellschaftlichen materiell-stofflichen wie immateriell-affektiven Reichtum und die Mittel, die ihn herstellen können, für Menschen verfügbar zu machen. Die Anarchist\*innen hatten den Kommunist\*innen meist die Einsicht voraus, dass Räte in diesem Unterfangen anti-staatlich sein müssten. In ihrer Abarbeitung am Bolschewismus gelangen die Rätekommunist\*innen zu einer prinzipiellen Kritik der Parteien und der Bürokratie, die sie ob sie das wollen oder nicht, eng mit dem Anarchismus verbindet. Rätekommunist\*innen haben gegen individualistische Vorstellungen von ‚Freiheit‘ (die man dem Anarchismus des 19./20. Jahrhunderts nur ganz begrenzt vorwerfen kann) jedoch immer zu Recht betont, dass Räte eine gesamtgesellschaftliche Planung und Regelung leisten müssten und nicht jeder (Betrieb) schalten und walten könnte, wie es den dortigen Arbeiter\*innen gerade beliebt. Dass gesellschaftliche Produktion eine bewusste sein muss – im Kapitalismus wird gesamtgesellschaftlich

bewusstlos und unvernünftig produziert, nur das Einzelunternehmen plant bewusst – betonte wie kaum jemand sonst C. Castoriadis. Erst eine solche bewusste Planung ermöglicht es den Menschen, wirklich zu entscheiden, was für ein Leben sie für sich erschaffen wollen (und könnte verhindern, dass der Planet vollends verwüstet wird). Von einer solchen bewussten Planung wiederum wollte Hannah Arendt nichts wissen, die Marxisten und Anarchisten ein mangelndes bis gar kein Verständnis von Räten attestierte. Was dann aber die Bürger-Räte von Arendt letztlich umsetzen könnten, wenn die entscheidende Frage „Was produzieren wir, warum und wie?“ von Räten gar nicht bearbeitet werden kann, weil das in der privaten ökonomischen Markt-Sphäre geregelt werden soll, bleibt Arendts Geheimnis. Die Stärke ihres Denkens über Räte liegt aber woanders, nämlich in der Erkenntnis, dass das Besondere an einer Revolution ihre Offenheit ist: Plötzlich ist Gesellschaft formbar, unsere Geschicke werden gestaltbar. Das ist der Moment von Freiheit, verstanden als Möglichkeit, wirklich bewusst zu überlegen und zu entscheiden, wie wir es gemeinsam machen wollen, gemeinsam zu ‚handeln‘. Räte müssten es allen voran leisten, diese Offenheit, diese Möglichkeit zu Freiheit, aus der Revolution hinüberzuretten in eine post-revolutionäre Phase. Castoriadis betont dies in seinem Gedanken vom ‚konstituierenden‘ Moment. Es steht der einmal beschlossenen und abgeschlossenen Verfassung, der ‚Konstitution‘, entgegen. Castoriadis‘ Beitrag ist so wertvoll, weil er damit die Aufmerksamkeit auf Räte als Institutionen lenkt, die diese Offenheit ermöglichen müssen: Wenn die Menschen die soziale Ordnung ändern wollen, dann muss das möglich sein, ohne dass man zum Konterrevolutionär erklärt wird. Interessanterweise ist Bookchin derjenige, der am konkretesten über solche Institutionen nachdenkt. Für ihn müssen Räte auch das erfüllen, was Arendt forderte: das politische Moment ermöglichen, das gemeinsame Aushandeln von Konflikten, um dann gemeinsam entscheiden zu können. Im Gegensatz zu Arendt weiß er, dass man nicht im Politischen wurschteln darf, sondern an die Produktionsverhältnisse ranmuss, um wirklich etwas zu ändern. Während ihn dies eng mit Kommunismus und Anarchismus verbindet, steht er ihnen doch in einem Punkt eher diametral gegenüber: er pocht auf eine Trennung der Gewalten in eine gewissermaßen ‚politische‘ Legislative und eine gewissermaßen ‚unpolitische‘ Exekutive.



Almut Woller schreibt gerade ihre Dissertation zu Räten in Syrien (nicht Rojava) zu Ende: „Remembering Anarchism in the Arab Spring in digital media – Omar Aziz and the Syrian local council movement“.

## **Arbeitszeitrechnung als „Grundprinzip“ kommunistischer Produktion und Verteilung**

### **Auswahl von Originalzitataten**

„Stellen wir uns endlich, zur Abwechslung, einen Verein freier Menschen vor, die mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten und ihre vielen individuellen Arbeitskräfte selbstbewußt als eine gesellschaftliche Arbeitskraft verausgaben. [...] Alle Produkte Robinsons waren sein ausschließlich persönliches Produkt und daher unmittelbar Gebrauchsgegenstände für ihn. Das Gesamtprodukt des Vereins ist ein gesellschaftliches Produkt. Ein Teil dieses Produkts dient wieder als Produktionsmittel. Er bleibt gesellschaftlich. Aber ein anderer Teil wird als Lebensmittel von den Vereinsgliedern verzehrt. Er muß daher unter sie verteilt werden. Die Art dieser Verteilung wird wechseln mit der besondern Art des gesellschaftlichen Produktionsorganismus selbst und der entsprechenden geschichtlichen Entwicklungshöhe der Produzenten. Nur zur Parallele mit der Warenproduktion setzen wir voraus, der Anteil jedes Produzenten an den Lebensmitteln sei bestimmt durch seine Arbeitszeit. Die Arbeitszeit würde also eine doppelte Rolle spielen. Ihre gesellschaftlich planmäßige Verteilung regelt die richtige Proportion der verschiedenen Arbeitsfunktionen zu den verschiedenen Bedürfnissen. Andererseits dient die Arbeitszeit zugleich als Maß des individuellen Anteils des Produzenten an der Gemeinarbeit und daher auch an dem individuell verzehrbaren Teil des Gemeinprodukts. Die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen zu ihren Arbeiten und ihren Arbeitsprodukten bleiben hier durchsichtig einfach in der Produktion sowohl als in der Distribution.“

Karl Marx: Das Kapital, Bd. 1. MEW 23, S. 92f.

„Was ist „gerechte“ Verteilung?“

Behaupten die Bourgeois nicht, daß die heutige Verteilung „gerecht“ ist? Und ist sie in der Tat nicht die einzige „gerechte“ Verteilung auf Grundlage der heutigen Produktionsweise? Werden die ökonomischen Verhältnisse durch Rechtsbegriffe geregelt, oder entspringen nicht umgekehrt die Rechtsverhältnisse aus den ökonomischen? Haben nicht auch die sozialistischen Sektierer die verschiedensten Vorstellungen über „gerechte“ Verteilung?

Um zu wissen, was man sich bei dieser Gelegenheit unter der Phrase „gerechte Verteilung“ vorzustellen hat, müssen wir den ersten Paragraphen mit diesem zusammenhalten. Letzterer unterstellt eine Gesellschaft, worin „die Arbeitsmittel Gemeingut sind und die Gesamtarbeit genossenschaftlich geregelt ist“, und aus dem ersten Paragraphen ersehen wir, daß „der Ertrag der Arbeit unverkürzt, nach gleichem Rechte, allen Gesellschaftsmitgliedern gehört“. „Allen Gesellschaftsgliedern“? Auch den nicht arbeitenden? Wo bleibt da „der unverkürzte Arbeitsertrag“? Nur den arbeitenden Gesellschaftsgliedern? Wo bleibt da „das gleiche Recht“ aller Gesellschaftsglieder?

Doch „alle Gesellschaftsglieder“ und „das gleiche Recht“ sind offenbar nur Redensarten. Der Kern besteht darin, daß in dieser kommunistischen Gesellschaft jeder Arbeiter seinen „unverkürzten“ Lassalleschen „Arbeitsertrag“ erhalten muß.

Nehmen wir zunächst das Wort „Arbeitsertrag“ im Sinne des Produkts der Arbeit, so ist der genossenschaftliche Arbeitsertrag *das gesellschaftliche Gesamtprodukt*.

Davon ist nun abzuziehen:

*Erstens:* Deckung zum Ersatz der verbrauchten *Produktionsmittel*.

*Zweitens:* zusätzlicher Teil für Ausdehnung der Produktion.

*Drittens:* Reserve- oder Assekuranzfonds gegen Mißfälle, Störungen durch Naturereignisse etc.

Diese Abzüge vom „unverkürzten Arbeitsertrag“ sind eine ökonomische Notwendigkeit, und ihre Größe ist zu bestimmen nach vorhandenen Mitteln und Kräften, zum Teil durch Wahrscheinlichkeitsrechnung, aber sie sind in keiner Weise aus der Gerechtigkeit kalkulierbar.

Bleibt der andere Teil des Gesamtprodukts, bestimmt, als Konsumtionsmittel zu dienen. Bevor es zur individuellen Teilung kommt, geht hiervon wieder ab:

*Erstens: die allgemeine, nicht direkt zur Produktion gehörigen Verwaltungskosten.*

Dieser Teil wird von vornherein aufs bedeutenste beschränkt im Vergleich zur jetzigen Gesellschaft und vermindert sich im selben Maß, als die neue Gesellschaft sich entwickelt.

*Zweitens: was zur gemeinschaftlichen Befriedigung von Bedürfnissen bestimmt ist, wie Schulen, Gesundheitsvorrichtungen etc.*

Dieser Teil wächst von vornherein bedeutend im Vergleich zur jetzigen Gesellschaft und nimmt im selben Maß zu, wie die neue Gesellschaft sich entwickelt.

*Drittens: Fonds für Arbeitsunfähige etc., kurz, für, was heute zur sog. offiziellen Armenpflege gehört.* Erst jetzt kommen wir zu der „Verteilung“, die das Programm, unter Lassalleschem Einfluß, bornierterweise allein ins Auge faßt, nämlich an den Teil der Konsumtionsmittel, der unter die individuellen Produzenten der Genossenschaft verteilt wird.

Der „unverkürzte Arbeitsertrag“ hat sich unterderhand bereits in den „verkürzten“ verwandelt, obgleich, was dem Produzenten in seiner Eigenschaft als Privatindividuum entgeht, ihm direkt oder indirekt in seiner Eigenschaft als Gesellschaftsmitglied zugut kommt.

Wie die Phrase des „unverkürzten Arbeitsertrags“ verschwunden ist, verschwindet jetzt die Phrase des „Arbeitsertrags“ überhaupt.

Innerhalb der genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft tauschen die Produzenten ihre Produkte nicht aus; ebensowenig erscheint hier die auf Produkte verwandte Arbeit als *Wert* dieser Produkte, als eine von ihnen besessene sachliche Eigenschaft, da jetzt, im Gegensatz zur kapitalistischen Gesellschaft, die individuellen Arbeiten nicht mehr auf einem Umweg, sondern unmittelbar als Bestandteile der Gesamtarbeit existieren. Das Wort „Arbeitsertrag“, auch heutzutage wegen seiner Zweideutigkeit verwerflich, verliert so allen Sinn.

Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eignen Grundlage *entwickelt* hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft *hervorgeht*, also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt. Demgemäß erhält der einzelne Produzent – nach den Abzügen – exakt zurück, was er ihr gibt. Was er ihr gegeben hat, ist sein individuelles Arbeitsquantum. Z.B. der gesellschaftliche Arbeitstag besteht aus der Summe der individuellen Arbeitsstunden. Die individuelle Arbeitszeit des einzelnen Produzenten ist der von ihm gelieferte Teil des gesellschaftlichen Arbeitstags, sein Anteil daran. Er erhält von der Gesellschaft einen Schein, daß er soundso viel Arbeit geliefert (nach Abzug seiner Arbeit für die gemeinschaftlichen Fonds), und zieht mit diesem Schein aus dem gesellschaftlichen Vorrat von Konsumtionsmitteln soviel heraus, als gleich viel Arbeit kostet. Dasselbe Quantum Arbeit, das er der Gesellschaft in einer Form gegeben hat, erhält er in der andern zurück.

Es herrscht hier offenbar dasselbe Prinzip, das den Warenaustausch regelt, soweit er Austausch Gleichwertiger ist. Inhalt und Form sind verändert, weil unter den veränderten Umständen niemand etwas geben kann außer seiner Arbeit und weil andererseits nichts in das Eigentum der einzelnen übergehen kann außer individuellen Konsumtionsmitteln. Was aber die Verteilung der letzteren unter die einzelnen Produzenten betrifft, herrscht dasselbe Prinzip wie beim Austausch von Warenäquivalenten, es wird gleich viel Arbeit in einer Form gegen gleich viel Arbeit in einer andern ausgetauscht.

Das *gleiche Recht* ist hier daher immer noch – dem Prinzip nach – das *bürgerliche Recht*, obgleich Prinzip und Praxis sich nicht mehr in den Haaren liegen, während der Austausch von Äquivalenten beim Warenaustausch nur *im Durchschnitt*, nicht für den einzelnen Fall existiert.

Trotz dieses Fortschritts ist dieses *gleiche Recht* stets noch mit einer bürgerlichen Schranke behaftet. Das Recht der Produzenten ist ihren Arbeitslieferungen *proportionell*; die Gleichheit besteht darin, daß an *gleichem Maßstab*, der Arbeit, gemessen wird. Der eine ist aber physisch oder geistig dem andern überlegen, liefert also in derselben Zeit mehr Arbeit oder kann während mehr Zeit arbeiten; und die Arbeit, um als Maß zu dienen, muß der Ausdehnung oder der Intensität nach bestimmt werden, sonst hörte sie auf, Maßstab zu sein. Dies *gleiche Recht* ist ungleiches Recht für ungleiche Arbeit. Es erkennt keine Klassenunterschiede an, weil jeder nur Arbeiter ist wie der andre; aber es erkennt stillschweigend die ungleiche individuelle Begabung und daher Leistungsfähigkeit der Arbeiter als natürliche Privilegien an. *Es ist daher ein Recht der Ungleichheit, seinem Inhalt nach, wie alles Recht*. Das Recht kann seiner Natur nach nur in Anwendung von gleichem Maßstab bestehen; aber die ungleichen Individuen (und sie wären nicht verschiedene Individuen, wenn sie nicht ungleiche wären) sind nur an gleichem Maßstab meßbar, soweit man sie unter einen gleichen Gesichtspunkt bringt, sie nur von einer *bestimmten* Seite faßt, z.B. im gegebenen Fall sie *nur als Arbeiter* betrachtet und weiter nichts in ihnen sieht, von allem andern absieht. Ferner: Ein Arbeiter ist verheiratet, der andre nicht; einer hat mehr Kinder als der andre etc. etc. Bei gleicher Arbeitsleistung und daher gleichem Anteil an dem gesellschaftlichen Konsumtionsfonds erhält also der eine faktisch mehr als der andre, ist der eine reicher als der andre etc. Um alle diese Mißstände zu vermeiden, müßte das Recht, statt gleich, vielmehr ungleich sein.

Aber diese Mißstände sind unvermeidbar in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft nach langen Geburtswehen hervorgegangen ist. Das Recht kann nie höher sein als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft.

In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch ihre Produktivkräfte gewachsen und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen – erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahne schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“

Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms, MEW 19, S. 13 – 32.

„Sobald die Gesellschaft sich in den Besitz der Produktionsmittel setzt und sie in unmittelbarer Vergesellschaftung zur Produktion verwendet, wird die Arbeit eines jeden, wie verschieden auch ihr spezifisch nützlicher Charakter sei, von vornherein und direkt gesellschaftliche Arbeit. Die in einem Produkt steckende Menge gesellschaftlicher Arbeit braucht dann nicht erst auf einem Umweg festgestellt zu werden; die tägliche Erfahrung zeigt direkt an, wieviel davon im Durchschnitt nötig ist. Die Gesellschaft kann einfach berechnen, wieviel Arbeitsstunden in einer Dampfmaschine, einem Hektoliter Weizen der letzten Ernte, in hundert Quadratmeter Tuch von bestimmter Qualität stecken. Es kann ihr also nicht einfallen, die in den Produkten niedergelegten Arbeitsquanta, die sie alsdann direkt und absolut kennt, noch fernerhin in einem nur relativen, schwankenden, unzulänglichen, früher als Notbehelf unvermeidlichen Maß, in einem dritten Produkt auszudrücken und nicht in ihrem natürlichen, adäquaten, absoluten Maß, der Zeit. Ebensowenig wie es der Chemie einfallen würde, die Atomgewichte auch dann auf dem Umwege des Wasserstoffatoms relativ auszudrücken, sobald sie imstande wäre, sie absolut, in ihrem adäquaten Maß auszudrücken, nämlich in wirklichem Gewicht, in Billiontel oder Quadrilliontel Gramm. Die Gesellschaft schreibt also unter obigen Voraussetzungen den Produkten auch keine Werte zu. Sie wird die einfache Tatsache, daß die hundert Quadratmeter Tuch meinetwegen tausend Arbeitsstunden zu ihrer Produktion erfordert haben, nicht in der schielenden und sinnlosen Weise ausdrücken, sie seien tausend Arbeitsstunden wert. Allerdings wird

auch dann die Gesellschaft wissen müssen, wieviel Arbeit jeder Gebrauchsgegenstand zu seiner Herstellung bedarf. Sie wird den Produktionsplan einzurichten haben nach den Produktionsmitteln, wozu besonders auch die Arbeitskräfte gehören. Die Nutzeffekte der verschiedenen Gebrauchsgegenstände, abgewogen untereinander und gegenüber den zu ihrer Herstellung nötigen Arbeitsmengen, werden den Plan schließlich bestimmen. Die Leute machen alles sehr einfach ab ohne Dazwischenkunft des vielberühmten »Werts«

Friedrich Engels: „Anti-Dühring“, MEW 20, S. 288.

## Die Rechnungseinheit im Kommunismus

### a. Die Regelung der Produktion

Bei der "marxistischen Erklärung der Beherrschung der Arbeiterklasse" haben wir gesehen, daß das eigentliche Problem des Kommunismus in dem Aufheben der Trennung von Arbeit und Arbeitsprodukt liegt. Nicht der eine oder andere Ob. Volksw. Rat, sondern die Produzenten müssen durch ihre Betriebsorganisationen *selber* die Verfügung über das Arbeitsprodukt haben. Nur dadurch werden sie zu freien Produzenten, und können sich dann in gegenseitigen Zusammenhang zu den Assoziationen von freien und gleichen Produzenten gruppieren. Weil die heutige Technik die ganze Produktion vergesellschaftet hat alle Betriebe technisch vollkommen von einander abhängig *sind* und zusammen einen ununterbrochenen Arbeitsprozeß bilden, so ist es die Aufgabe der Revolution, sie auch ökonomisch aneinander zu schmieden. Das ist aber nur möglich, wenn *ein allgemeines ökonomisches Gesetz* den ganzen Wirtschaftsprozeß vereinigt.

Dieser Zusammenschluß ist von ganz anderer Art als wie ihn die s.g. "Sozialisierungs-Theorien" darstellen. Diese haben nie etwas anderes im Auge gehabt, als den *organisatorischen* Zusammenschluß der verschiedenen Produktionszweige. Sie beschäftigen sich mit der Frage, *welche* Industrien vereinigt werden müssen und wie das Problem organisatorisch-technisch gelöst wird. Mit den Bewegungsgesetzen eines neuen Wirtschaftssystems hat das nichts zu tun. Derartige Fragen können noch gar nicht zur Debatte stehen, weil wir erst im Klaren sein müssen über die gegenseitigen Beziehungen zwischen den verschiedenen Betriebsorganisationen, d.h. über das Rechtsverhältnis der Betriebsorganisationen zum Gesamtwirtschaftskörper.

Das neue allgemeine ökonomische Gesetz, das den ganzen Wirtschaftsprozeß vereint, sagt daher noch nichts über den organisatorischen Zusammenschluß der Wirtschaft. Es setzt nur die Bedingungen fest, unter denen die, in den Betriebsorganisationen vereinigten Produzenten, am großen allgemeinen Wirtschaftsprozeß teilnehmen. Diese Bedingungen müssen in erster Linie für jeden Teil des Totalprozesses dieselben sein. Im Gegensatz zu Lenin, der von dem Grundsatz ausgeht: "Die ganze Volkswirtschaft organisiert nach dem Vorbild der Post... das ist unsere erste Forderung", sagen wir: "Gleiche ökonomische Bedingungen für alle Teile der gesellschaftlichen Produktion, das ist unsere erste Forderung". Dann erst kann zu der Frage der Organisationstechnik Stellung genommen werden.

"Gleiche ökonomische Bedingungen" hat in erster Linie Bezug auf die Durchführung eines allgemein geltenden festen Maßes, wonach alle Berechnungen in Produktion und Verteilung vorgenommen werden. Dieses Maß kann nicht mehr das Geld sein, weil sich keine "zweite Person" mehr zwischen den Arbeiter und sein Produkt einschleibt. Der Arbeiter steht hier nicht als "fremder" gegenüber dem gesellschaftlichen Arbeitsprodukt. Wohl konsumiert der Arbeiter nicht direkt das durch ihn selbst hergestellte Produkt; aber sein Produkt trägt etwas in sich, das alle gesellschaftlichen Güter gemeinsam haben: die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, die ihre Herstellung kostete. Alle Güter sind also *gesellschaftlich* gesehen qualitativ vollkommen gleich. Sie unterscheiden sich nur in der Menge gesellschaftlicher Arbeit, welche sie im Produktionsprozeß aufgenommen haben. So wie der Maßstab für die individuelle Arbeitszeit die Arbeitsstunde ist, so muß der Maßstab für die Menge gesellschaftlicher Arbeit, die in den Produkten enthalten ist, *die gesellschaftlich-durchschnittliche Arbeitsstunde sein*.

So zeigt sich als zwingende Forderung der proletarischen Revolution, daß alle Betriebsorganisationen verpflichtet sind, für die durch sie hergestellten Produkte zu berechnen, wieviel gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitszeit sie in der Produktion aufgenommen haben, und zugleich ihr Produkt entsprechend diesem "Preis" an die anderen Betriebe oder an die Konsumenten abzugeben. Ferner bekommen die Betriebsorganisationen dafür das Recht, zu einem gleichen Betrag an gesellschaftlicher Arbeit in der Form anderer Produkte zu beziehen, um den Produktionsprozeß in der gleichen Weise fortsetzen zu können. So nehmen alle unter gleichen ökonomischen Bedingungen am Produktionsprozeß teil. Ist diese Regelung der Distribution und Produktion durchgeführt, dann ist das ganze Wirtschaftsleben, welches durch Teilarbeit bereits gesellschaftlich *verbunden* ist, nun auch ökonomisch, d.h. gesellschaftlich *geregelt*.

Der Kapitalismus versucht diese Regelung auf organisatorischem Wege, durch verstärkte Konzentration seiner Macht in der Industrie durchzuführen. Was ihm gelingt, das ist nur die Organisation des Konkurrenzkampfes auf stets höherer Stufe, mit stets gewaltigeren Katastrophen im Gefolge. Man versucht auf politischem Wege, nach den Regeln der "Demokratie", eine Milderung der Gegensätze zu erreichen, aber diese dient schließlich nur dazu, den letzten und tiefsten Gegensatz, den zwischen besitzender Klasse und Proletariat zu organisieren und seinen weiteren Bestand zu sichern. Dieser gesellschaftliche Zustand kann nur überwunden werden, wenn die Arbeiter sich "frei" machen; wenn sie das Verfügungsrecht über die Produktionsmittel erobern und unter gleichen ökonomischen Bedingungen am Wirtschaftsprozeß teilnehmen.

#### **b. Die Regelung der Verteilung**

Die Revolution besteht aber nicht nur in einer Umwälzung der ökonomischen Bedingungen der Produktion, sie bringt auch für die individuelle Konsumtion neue ökonomische Bedingungen. Haben die Arbeiter das Verfügungsrecht über das Arbeitsprodukt in Händen, *dann muß ihr Verhältnis zu diesem Produkt auf neuer Grundlage festgelegt und geregelt werden*; d.h. auch hier werden die neuen Produktionsverhältnisse zu neuen Rechtsverhältnissen. Denn, wohl haben die Arbeiter das Verfügungsrecht über das Produkt, aber doch nicht mehr in dem Sinne des Privat.Kapitalismus mit *willkürlich-freier Verfügung*. Die Verfügung über das Produkt kann sich nur unter gesellschaftlichen und für alle gleichen Bedingungen vollziehen. Die Produzenten und Konsumenten sind wohl frei, aber doch nur durch ihre gesellschaftliche Gebundenheit. Jeder Betrieb ist nicht mehr als eine Zelle im großen Gesamtwirtschaftskörper Aber auch nicht weniger! Jede Zelle hat ihre eigene Aufgabe (ihre eigene "Differenzierung"), welche sich nur in *Selbstbewegung* vollziehen kann. Und zugleich ist diese Selbstbewegung nur möglich *in* und gerade *durch* den begrenzenden Rahmen der allgemeinen Bewegungsgesetze des Gesamtkörpers. In dem begrenzenden Rahmen entfaltet sich die freie Selbstaktivität und daher werden die Arbeiter *durch* diese Begrenzung zu freien Produzenten.

Die gleichen Bedingungen für die individuelle Konsumtion können wiederum nur liegen in dem gleichen Maßstab für die Konsumtion. So wie die individuelle Arbeitsstunde der Maßstab ist für die individuelle Arbeit, so ist die individuelle Arbeitsstunde zugleich der Maßstab für die individuelle Konsumtion. Hiermit ist auch die Konsumtion *gesellschaftlich geregelt* und bewegt sich in vollkommen exakten Bahnen.

Die Durchführung der sozialen Revolution ist also im Wesen nichts anderes als die Durchführung der Arbeitsstunde als Maßstab im gesamten Wirtschaftsleben. Sie dient als Maß in der Produktion und zugleich wird mit ihr das Recht der Produzenten auf gesellschaftliches Produkt gemessen. Das *Wesentliche hierbei aber ist, daß diese Kategorie von den Produzenten und Konsumenten selbst durchgeführt wird*. Und dies geschieht nicht, weil es eine "ethische" oder "moralische" Forderung des Kommunismus ist, sondern weil es ökonomisch nicht anders möglich ist. Tatsächlich ist die Beseitigung der Bevormundung der Arbeit, die Entfaltung und das Aufblühen des freien Menschen, auch eine ethische Forderung. Aber damit wird nur erneut bewiesen, daß Wirtschaft und Ethik sich nur gegenseitig verwirklichen können; - sie werden beide zur Einheit verschmolzen.

GIK: Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung (1935), S. 60 – 65.

## **FAQs (häufige Fragen)**

### **Warum sind Arbeitszertifikate kein Geld?**

Ein wichtiger Unterschied zwischen Arbeitszertifikaten und Geld, der sich aus ihrem verschiedenen sozialen Inhalt ergibt, ist, dass Zertifikate nicht zirkulieren: sie werden bei Einlösung vernichtet, denn sie haben damit ihren Zweck erfüllt. Marx hat Arbeitszertifikate einmal mit Eintrittskarten für das Theater verglichen, die am Eingang entwertet werden. Geld dagegen kann vom Warenverkäufer z.B. zum Kauf von Produktionsmitteln und Arbeitskräften wiederverwendet werden. Das Geld versteckt im Lohn vor allem die Ausbeutung, da der unbezahlte Teil der Mehrarbeit als Profit und Rente angeeignet wird, während die Arbeitszertifikate das Verhältnis der eigenen Arbeit an der Gesamtarbeit sichtbar machen.

### **Aber im Kapitalismus kann doch alles zu Geld werden, sogar eine Theatermarke.**

Ja, solange der Kapitalismus existiert, ist das tatsächlich so: Hier stellt sich das Geld immer wieder her, weil es für den Tausch der individuellen Produzenten notwendig ist. Es kann die Form von Gold, Silber oder Papier annehmen. In einer genossenschaftlichen Wirtschaft auf der Basis vergesellschafteter Produktionsmittel ist dies aber nicht der Fall: In einer solchen Gesellschaft verwandeln sich Arbeitszertifikate nicht in Geld, weil kein Warentausch stattfindet. Abschaffung des Geldes setzt also Vergesellschaftung der Produktionsmittel voraus.

### **Ihr wollt, dass jede Stunde Arbeit, egal ob von dem Chirurgen oder der Reinigungskraft verausgabt, gleich vergütet wird. Das ist ungerecht.**

Wir können nicht erkennen, was daran ungerecht sein soll, dass angesehene (z. B. akademische) Berufe, die nicht selten sogar eine Art von Erfüllung, Horizonterweiterung oder Freude bereiten, anderen Berufen, die weniger populär sind, gleichgestellt werden. Außerdem würden durch diese Gleichstellung auch die Beziehungen der Menschen solidarischer werden. Heutzutage werden etwa Migranten\*innen oder Frauen durch unterschiedlich hohe Löhne oftmals diskriminiert. Gleiches gilt auch für den Unterschied von geistiger und körperlicher Arbeit, wie z.B. zwischen Ingenieurs- und Fließbandarbeit. Aber letztlich verausgaben doch alle Menschen in einer Arbeitsstunde Arbeitskraft, wenn auch in sehr vielfältigen Formen. Dem wollen wir mit dem Prinzip eine Stunde = eine Stunde Rechnung tragen. Nicht nur Missgunst und Bevorzugung würden dadurch verhindert werden, sondern auch der Beitrag der eigenen Arbeit zur Gesamtarbeit wäre damit gleichwertig, was die eigene Arbeit durchaus auch sinnvoller erscheinen ließe. Innerhalb der Kooperation der Arbeitenden im Betrieb gäbe es dann keine künstlichen Trennungslinien mehr.

### **Aber wer will dann noch studieren, wenn er\\*sie dann später nicht mehr verdient?**

Dieses Argument gilt nicht in einer Gesellschaft, in der die Kosten des Studiums von der Gesellschaft getragen werden. Ausschlaggebend für die Wahl eines Studienfaches wird dann allein das eigene Interesse sein, nicht mehr die Karriereaussichten.

### **Und wer will dann noch die dreckigen Arbeiten machen, wenn angenehmere Arbeiten gleich vergütet werden? Das führt doch zu Arbeitskräftemangel in diesen unpopulären Bereichen.**

Man könnte genau umgekehrt argumentieren, dass unpopuläre Berufe, die momentan sehr schlecht entlohnt werden und nur durch Druck vom Arbeitsamt besetzt werden können, durch den Grundsatz "eine Stunde ist eine Stunde" aufgewertet würden.

Davon abgesehen wird die Gesellschaft darauf drängen, unpopuläre Arbeiten mehr als bisher durch Maschinen zu ersetzen. Während diese Rationalisierung im Kapitalismus zu Arbeitsplatzwegfall und Arbeitslosigkeit führt, hat sie in der planmäßigen Arbeitszeitökonomie positive Auswirkungen, nämlich die Ersparnis von Zeit und Mühe.

### **Ihr klingt wie Arbeitsfetischisten. Wollt ihr Arbeits- und Leistungszwang?**

Es gibt nun einmal Arbeiten, die verrichtet werden müssen, damit sich eine Gesellschaft auf einem bestimmten kulturellen und technologischen Niveau erhalten kann. Das ist eine sachliche Gegebenheit. Und die Frage ist, wer soll die Arbeiten verrichten? Eine gleichmäßige Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeiten auf alle Arbeitsfähigen würde den Arbeitsaufwand für alle erst einmal auch reduzieren, zumal viele unnötige Arbeiten, die nur im Kapitalismus „sinnvoll“ sind (Werbung, Finanzdienstleistungen etc.) wegfallen würden. Außerdem gäbe es endlich ein sinnvolles Motiv für den Einsatz von Technologien. Nicht mehr die Kostenersparnis (Rentabilität) einer Maschine wäre ausschlaggebend für ihre Anwendung, sondern die tatsächliche Arbeitersparnis und -erleichterung.

Allerdings würden immer noch viele notwendigen Arbeiten anfallen. Andere würden neu hinzukommen: Bedenken wir nur, wie viel Umweltreparaturarbeit, wie viel bisher unsichtbare, meist nur von Frauen geleistete Sorgearbeit auf die Gesellschaft zukommen wird! Wäre es nicht nur fair diese gleichmäßig auf alle zu verteilen? Durch die Arbeitszertifikate wird in erster Linie der Anteil der eigenen Arbeit und des eigenen Konsums an der Gesamtarbeit ermittelt. Es geht nicht um Arbeitszwang, sondern vielmehr um eine gesamtwirtschaftliche Regulierung, denn durch die Arbeitszertifikate als Maßeinheiten würden auch starke wirtschaftliche Schwankungen zwischen Knappheit und Überfluss bestimmter Güter, wie sie im Kapitalismus ständig vorkommen, vermieden.

Letztlich sollen ja auch durch den FIK bestimmte Güter und Dienstleistungen für alle frei verfügbar sein, wodurch auf alle Fälle erst einmal alle Arbeitsunfähigen versorgt werden. Vielleicht kann eine Gesellschaft irgendwann einmal so großzügig sein, auch alle Arbeitsunwilligen zu versorgen. Aber wollen sich Menschen andererseits nicht auch gerne an der gesellschaftlichen Arbeit beteiligen, wenn ihnen ihre Arbeit sinnvoll und wichtig vorkommt und sie dabei die kooperativen Abläufe selbst bestimmen können? Grundsätzlich gilt jedenfalls: Je weniger der Aufwand für die notwendigen Arbeiten ist, umso mehr Zeit steht allen frei zur Verfügung.

### **Was soll denn dieser FIK sein?**

Der „Faktor individueller Konsum“ (FIK) bestimmt die Größe des öffentlichen Sektors, also die Güter, die allen frei zur Verfügung stehen. Die Arbeitsstunden, welche die Menschen im öffentlichen Bereich leisten, müssen aber natürlich von der Gesamtarbeit abgezogen bzw. mit ihr verrechnet werden. D.h. der FIK verändert entsprechend seiner Höhe die Menge an ausgeteilten Arbeitszertifikaten. Beispiel: Liegt der FIK bei 0,8 erhält jede/\*r für eine geleistete Stunde nur noch „0,8 Stunden“. Dafür stehen dann aber, wie gesagt, bestimmte Güter zur freien Verfügung. Welche Güter das sind, müssen die Menschen aber selbst entscheiden. Es wäre auf alle Fälle zu begrüßen, wenn jedem Menschen wenigstens der Wohnraum, die Energie- und Gesundheitsversorgung, die Aus- und Weiterbildung sowie einige Grundnahrungsmittel ohne jede Gegenleistung zugänglich wären. Darüber haben aber keine Experten oder Theoretiker zu befinden, sondern das müssen die Menschen gemeinsam aushandeln. Je produktiver eine Gesellschaft ist, umso mehr Güter und Dienstleistungen können potentiell frei zugänglich gemacht werden. Andererseits gibt es aber bestimmte Bedürfnisse, die gar nicht alle haben. Diese „privaten“ Bedürfnisse kann jede/\*r für sich durch die eigens erworbenen Arbeitszertifikate befriedigen.

### **Was passiert mit Nischenprodukten oder Kunst? Gibt es nicht eine "Tyrannei der Mehrheit", wenn die Gesellschaft bestimmt, welche Produkte nützlich sind und welche nicht?**

Das einzige Maß für "gesellschaftlich notwendige Arbeit" ist, ob der Plan des Betriebs erfüllt wurde. Das heißt: Es ist legitim, wenn ein Betrieb sehr arbeitsaufwendige, künstlerische oder exklusive Produkte herstellt, solange diese Produkte auch wie im Plan angegeben nachgefragt werden. Beispiel: Ein Künstlerkollektiv arbeitet ein Jahr oder 10.000 Stunden an einem Theaterstück und erwartet, 100 Eintrittskarten zum "Preis" von je 100 Stunden abzugeben. Solange dieser Plan erfüllt wird, kann niemand auf der Basis der Arbeitszeitrechnung behaupten, dass diese Arbeit unnütze Arbeit gewesen war. Natürlich kann man immer noch behaupten, das Stück ist Schrott, aber das ist kein Argument, das aus der Arbeitszeitrechnung folgt.

### **Wie soll eigentlich Missbrauch verhindert werden?**

Was wir vorschlagen, ist vor Missbrauch nicht gefeit. Wie alle anderen Modelle auch. Die Frage ist, welches Ausmaß, ja welchen Charakter der Missbrauch im schlimmsten Fall annehmen könnte. Von allen uns bekannten nichtautoritären Sozialismusmodellen ist die Arbeitszeitrechnung dasjenige, das am stärksten vom *worst case* ausgeht. Wir setzen nicht bei einer "guten Natur des Menschen" an, sondern bei einem objektiven Maß, der durchschnittlichen Arbeitszeit. Das ist die eigentliche Verhinderung von Missbrauch - auf der Tiefenebene.

Selbst im Kapitalismus, unter den widrigsten Arbeitsbedingungen, identifizieren die Arbeiter/\*innen sich in der Regel mit ihrer Arbeit, sind ehrlich und schummeln nicht. Und falls doch, wenn sie sich etwa dem Schlendrian hingeben, handeln sie nur im eigenen Interesse, da sie so nur den Anteil ihrer unbezahlten Mehrarbeit verkleinern, nicht den Anteil ihrer vergüteten Arbeit. In der Arbeitszeitökonomie gäbe es dergleichen nicht mehr, die Arbeiter/\*innen würden nicht mehr einen Teil des Arbeitstags für sich und den anderen unbezahlt für den Boss arbeiten. Würden alle mehr Stunden aufschreiben, als sie tatsächlich arbeiten, verteuerten sie letztlich nur die Produkte, die sie selbst konsumieren. Strukturell kann das also nicht in ihrem Interesse sein.

Auf individueller Ebene mag das anders aussehen: Jemand könnte z.B. mehr Stunden aufschreiben, als er tatsächlich gearbeitet hat und sich somit mehr Konsumansprüche erschleichen. Da man mit Arbeitszertifikaten aber keine Produktionsmittel und Arbeitskräfte kaufen kann, sondern nur individuelle Konsumgüter, bliebe Ausbeutung trotzdem unmöglich. Der Schummler würde nicht zum Kapitalisten, sondern, sagen wir, zum Kleinkriminellen. Die nicht mehr konsumversessene Mehrheitsgesellschaft dürfte ihn eigentlich nur bemitleiden.

Außerdem ist die öffentliche Buchhaltung ein mächtiges Kontrollinstrument: Durch sie werden nämlich auch alle wirtschaftlichen Daten der Betriebe veröffentlicht. Betriebe, die sich eine besonders hohe Zahl an Stunden erschleichen, würden sofort als besonders unproduktive Betriebe erscheinen und müssten sich vor den gesellschaftlichen Gremien dafür rechtfertigen.

### **Moment mal, heißt das etwa, die öffentliche Buchhaltung hat diktatorische Vollmachten?**

Nein, hat sie nicht! In erster Linie laufen bei der Buchhaltung nur alle Informationen über die Arbeitszeiten der einzelnen Betriebe zusammen. Dadurch übernimmt sie natürlich eine wichtige Kontrollfunktion. Betriebsgeheimnisse, wie im Kapitalismus, kann es nicht mehr geben. Allerdings ist es richtig, dass die Gesellschaft Mechanismen finden muss, um Pläne auch abzulehnen. Anders gesagt: Pläne sind aus verschiedenen Gründen genehmigungsbedürftig (wenn z.B. ein Betrieb Güter herstellt, die gar nicht gebraucht werden o.ä.). Es liegt in der Natur der Sache, dass die Plangenehmigung von der öffentlichen Buchhaltung übernommen wird.

Die öffentliche Buchhaltung ist jedoch kein Staat, sondern ein gewöhnlicher öffentlicher Betrieb wie z.B. ein Krankenhaus oder eine Schule. Sie untersteht dem Gesamtrat, also den Arbeiter/\*innen selbst. In unserem Modell darf oder besser kann die öffentliche Buchhaltung keine inhaltliche Prüfung der Pläne vornehmen. Einziges Kriterium für die Annahme eines Plans ist, ob der Betrieb in der Vergangenheit einigermaßen gut geplant hat. Was dieses "einigermaßen" bedeutet und wie streng die Prüfung ist, muss demokratisch entschieden werden. Beispiel: Ein Betrieb, der noch nie einen Plan

eingereicht hat und der komplett unbekannt ist, wird nur schwierig einen Plan genehmigt bekommen, in dem tausende Stunden Rohstoffe und Maschinen benötigt werden. Denn das würde Betrug oder Verschwendung ermöglichen. Es gibt also demokratisch beschlossene, für alle gleich geltende und öffentliche Regeln, wann ein Plan genehmigt wird. Die Plangenehmigung ist also keine "Geschmackssache" oder entspringt der Laune der öffentlichen Buchhaltung. Die Öffentlichkeit sieht ja auch, was die wirtschaftlichen Daten sind, nach denen entschieden wurde. Wichtige Kontrollfunktionen könnten dann auch freie Medien übernehmen.

### **Aber wie regelt man das, wo und was die Menschen arbeiten sollen?**

Das regeln die Menschen untereinander. Einerseits müssen vor allem sehr große Betriebe immer Auskunft darüber geben, ob sie zusätzliche Arbeitskräfte benötigen, andererseits sollte es für jede/\*n möglich sein, den Arbeitsplatz sowie den Wohnort jederzeit zu wechseln. Denkbar und vielleicht auch wünschenswert wäre auch die Möglichkeit, an mehreren Arbeitsplätzen – je nach Interesse und nach Bedarf – tätig zu sein. Es spricht prinzipiell nichts dagegen, dass jemand in einer Woche zehn Stunden in diesem und zehn Stunden in jenem Betrieb arbeitet, solange es logistisch möglich ist. Außerdem sollte es immer auch die Möglichkeit für alle Menschen geben, sich nebenher ihr ganzes Leben weiterzubilden, also ihre Fähigkeiten und Kenntnisse zu erweitern.

Auf der anderen Seite wird es natürlich immer Tätigkeiten geben, die eine hohe Spezialisierung erfordern. Und es gibt sicherlich auch Menschen, die zufrieden damit sind, über einen langen Zeitraum einer einzigen Tätigkeit nachzugehen. Aber auf jeden Fall würden die lästigen Ängste, den eigenen Arbeitsplatz zu verlieren, wegfallen. Die Menschen könnten ihre beruflichen Entscheidungen sehr viel freier und unbefangener treffen.

### **Ist diese Gesellschaft nicht viel zu komplex, um alles durchzuplanen?**

Eine solche Gesellschaft wäre weitaus weniger komplex als es die heutige ist. Und dennoch funktioniert auch die heutige Gesellschaft irgendwie. Sie funktioniert nicht gut, weil die Betriebe in Konkurrenz zueinander stehen und jeder am andern verdienen will, aber verschiedene Unternehmen und Betriebe treten jeweils in Kontakt miteinander, treffen Absprachen, schließen Verträge und beliefern sich, sodass in einem weltumspannenden System alles dort hinkommt, wo es gebraucht wird (zumindest, wenn das entsprechende Geld vorhanden und keine Krise ist). Innerhalb der Arbeitszeitökonomie würde die Güterverteilung noch viel effizienter werden, weil für die Existenz eines Betriebes nicht seine Zahlungsfähigkeit oder seine Rentabilität ausschlaggebend ist, sondern lediglich die Frage, ob er nützliche Dinge produziert, die auch gebraucht werden. Ist das der Fall, würden seine Pläne von der öffentlichen Buchhaltung auch genehmigt. Die einzelnen Betriebe würden also weiterhin Absprachen miteinander treffen, nur wären diese nicht mehr durch bedarfsfremde Zwecke (wie etwa Gewinnmaximierung) beschränkt – alles wäre immer noch sehr komplex, aber viel rationaler und durchsichtiger für alle Beteiligten.

### **Schön und gut, aber ist diese Plankontrolle nicht eine riesige bürokratische Herausforderung?**

Wenn eine zentrale Verwaltungsinstanz den gesamtwirtschaftlichen Verkehr im Ganzen planen müsste, dann wäre das sicherlich eine Katastrophe, da eine zentrale Behörde über die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden der Betriebe keine zuverlässigen Informationen haben kann. Solche Missstände gab es im Staatssozialismus zuhauf. Aber der Vorteil der Arbeitszeitökonomie ist, dass die einzelnen Betriebe weitgehend selbstständig planen. Jede/\*r Arbeiter\*in weiß sehr wohl, wie viel Zeit eine bestimmte Tätigkeit in Anspruch nimmt und vermag diese Zeit zu messen und anzugeben. Von diesen individuellen Zeiten können Betriebe Durchschnitte ermitteln und Betriebe, die miteinander kooperieren, können wiederum einen Branchendurchschnitt errechnen. Über die öffentliche Buchhaltung werden alle Pläne zueinander ins Verhältnis gesetzt. So ergibt sich die gesamtgesellschaftliche Planung „von unten“, die auf der konkreten Informationslage und den

Erfahrungen der Arbeitenden selbst beruht. Daher kann sie auf abstrakte Planvorgaben oder auf die Ansprüche irgendeines ahnungslosen Managements auch gut verzichten.

Außerdem könnte in großen Gesellschaften die Plankontrolle unter Zuhilfenahme statistischer Methoden durchgeführt werden. So könnten zum Beispiel Pläne von Betrieben, die in der Vergangenheit gut geplant haben, (halb-)automatisch genehmigt werden - nicht unähnlich der Verfahren zur Kredit- oder Versicherungsvergabe in Banken oder Versicherungskonzernen.

### **Das Modell, das ihr propagiert, hält doch an privater Arbeit und daher am Kapitalismus fest.**

In unserem Modell erfolgt die Arbeit planmäßig, nicht privat. Dass die Betriebe weitgehend selbst planen und es keinen Staat gibt, mag vielleicht den Anschein privater Arbeit erwecken. Die vielen Pläne müssen aber genehmigt werden. Die Genehmigung eines Plans ist der Moment, in dem die Gesellschaft bestätigt, dass die geplante Arbeit auch gesellschaftliche Arbeit ist. So werden letztlich auch die *Arbeitsmittel* zu wirklich gesellschaftlichen; auch deswegen kann die Arbeit keine private mehr sein.

### **Also kann die Arbeitszeitrechnung erst in einer vollkommen vergesellschafteten Wirtschaft angewandt werden?**

Nein, wir denken, dass die Arbeitszeitrechnung bereits in einer genossenschaftlichen Parallelwirtschaft als Kooperations- und Planungswerkzeug dienen kann. Die Arbeitszeitökonomie kann Arbeitszertifikate verwenden, während der kapitalistische Sektor, solange er existiert, weiterhin das Geld verwendet. Selbst wenn der kapitalistische Sektor mit den Arbeitszertifikaten spekulieren würde: Es bliebe wahr, dass man innerhalb der Arbeitszeitökonomie für ein Zertifikat von einer Arbeitsstunde ein Produkt von einer Stunde erhält, egal was der aktuelle Geldwert dieses Zertifikats ist.

### **Aber konkret: Was passiert, wenn kapitalistische Investoren den Arbeiter\*innen ihre Zertifikate zu hohen Preisen abkaufen?**

Sollte dies tatsächlich geschehen wäre das einerseits ein Zeichen für die Überlegenheit der Arbeitszeitökonomie. Andererseits würden die Investoren die Arbeiter\*innen damit in den Genossenschaftssektor treiben, wo sie die "wertvollen" Zertifikate erwerben können. Damit würde der kapitalistische Sektor seinen eigenen Untergang befördern.

Verein IDA: <https://arbeitszeit.noblogs.org/theorie/>

## Commonismus

Vorbemerkung: Zum genaueren Verständnis könnt ihr in das Buch Kapitalismus aufheben (<https://commonism.us>) schauen und in unseren Videos (allgemein: <https://youtu.be/qvLrap-qljE>, zu konkreter Planung: [https://youtu.be/N6\\_uKWGKEpM](https://youtu.be/N6_uKWGKEpM)) nachsehen. Die erste Hälfte der Textauszüge konzentrieren sich auf die Kritik des Kommando- bzw. Lohnsozialismus, denn für den Commonismus (oder antiautoritären Kommunismus) ist das Argument zentral, dass eine vernünftige, gerechte und ökologische Planwirtschaft nur möglich ist, wenn wir die Bezahlung von Arbeit und die Kopplung von Arbeitsleistung und Konsum aufgeben. Dies ist auch der entscheidende Unterschied zu dem Konzept der Initiative Demokratische Arbeitszeitrechnung (IDA) und deren Textbasis Gruppe Internationaler Kommunisten (GIK). „Jede nach ihren Bedürfnissen“ statt „Jede nach ihrer Leistung“.

### **Auszüge: Kurz, Robert (1991): Der Kollaps der Modernisierung – Vom Zusammenbruch des Kasernensozialismus zur Krise der Weltökonomie, Eichborn Verlag, Frankfurt a. M.**

„Der Kapitalismus ... hatte es von Anfang an nicht auf die pure ‚Freiheit des Marktes‘ abgesehen, wie die Ideologen rechter und linker Provinienz immer wieder unterstellen. Viel eher könnte von einer Wellenbewegung widerstrebender Konstitutionselemente in den bürgerlichen Modernisierungsgeschichten gesprochen werden, in der sich etatistische und monetaristische Momente beständig ablösen und durchdringen“ 39

„Bereits in den Sozialismusdebatten nach dem Ende des Ersten Weltkriegs wurde die Nicht-Warenförmigkeit mit einer bloß äußerlichen ‚Abschaffung des Geldes‘ verwechselt: die unbegriffene Basislogik des warenproduzierenden Systems sollte nicht etwa aufgehoben, sondern als ‚Naturalwirtschaft‘ in unmittelbar stofflicher Form ohne den ‚Geldschleier‘ etatistisch vollzogen werden. Die Wurzeln dieser Debatte entstammen nicht der Marxschen Ökonomiekritik, sondern der bürgerlichen Nationalökonomie, die sich bis heute darüber uneinig ist, ob ein ‚Warentauschsystem‘ ohne Geld denkbar sei oder nicht; eine abgeschmackte Fragestellung“ 72 FN

„In der marxistischen Ideologie der alten Arbeiterbewegung figurierter die Konkurrenz als pures Negativum: einmal moralisch, als sozialdarwinistisches und destruktives Prinzip des ‚Kampfs aller gegen aller‘; zum anderen ökonomische, als jene berühmte ‚Anarchie des Marktes‘, die durch rationale ‚Planmäßigkeit‘ aufzuheben wäre. Die moralisch gestützte ökonomische Kritik des Konkurrenzprinzips blieb freilich der Basis des warenproduzierenden Systems gegenüber äußerlich“ 74

„In der arbeiterbewegten Ideologie, als deren gesellschaftliche Inkarnation der Realsozialismus erscheint, wurden nur einzelne bürgerliche Realkategorien gegen ihren jeweiligen Pol ausgespielt: die ‚Arbeit‘ gegen das ‚Kapital‘, das etatistische Moment gegen das monetäre des Konkurrenzprinzips“ 89f

Hohe Erfolge in der „ersten Phase *extensiver* Expansion“ „Riesige Massen teils subsistenzwirtschaftlicher Produktion auf niedrigsten Bedürfnisniveau ... wurden der gesellschaftlichen Arbeitsmaschine überhaupt erst einverleibt und industriell umgeformt“ „gigantische Investitionen in die Schwer- und Basisindustrie bzw. Infrastruktur, bei denen man trotz aller schon früh erkennbaren Defizite der Kommandowirtschaft fast nichts verkehrt machen konnte und die per se schon Zuwachs in großen Schritten garantierten“ 91

„Als Produzent ist das Warensjekt oder Tauschsubjekt nicht am Gebrauchswert seiner Produkte interessiert, egal ob ‚Arbeiter‘ oder ‚Kapitalist‘, ob Manager oder realsozialistischer Betriebsleiter. Produziert wird ja nicht für die eigene Konsumtion, sondern für den anonymen Markt, und Zweck der Veranstaltung ist nicht die sinnliche Bedürfnisbefriedigung, sondern die Verwandlung der Arbeit in Geld (Lohn und Profit)“ 101

„Als Konsumenten von Rohstoffen, Halbfabrikanten, Maschinen, Gebäuden in der produktiven Konsumtion müssen diese auf jeden optimalen Gebrauchswert der eingekauften Materialien bedacht sein, der ihnen als Produzenten eher Last ist; als essende, trinkende, wohnende, sich kleidende Individuen müssen die Menschen sinnlich sein, wo sie als Produzenten unsinnlich sein müssen“ 102

„Sie erscheint nur noch in Form äußerlicher staatlich-bürokratischer Aufsicht, also nicht mehr in Gestalt der ‚Zwangsgesetze der Konkurrenz‘ (Marx). Deshalb kann sie auf tausendfältige Weise hintergangen, ausgetrickst und durchlöchert werden“ 104

„Die Betriebe konkurrieren mit dem Staat um die Gewinnabschöpfung und die Planziffern; die Betriebe, Branchen und Regionen konkurrieren untereinander um die Fonds- und Materialzuweisungen; Die Produzenten und Konsumenten konkurrieren um die Preise und Gebrauchswerte der Güter [...] Wirklich sistiert wurde nur die produktivkraftsteigernde Funktion der Konkurrenz nicht aber das abstrakte Gegeneinander der gesellschaftlichen Instanzen und Individuen“ 133

**Auszüge: Decker, Peter; Held, Karl (1989): DDR kaputt, Deutschland ganz, Eine Abrechnung mit dem Realen Sozialismus“ und dem Imperialismus der deutschen Nation, Resultate Verlag, München**

„Vielleicht ist der Sozialismus im Osten so wenig attraktiv, weil er sich *so wenig* von den Rechnungsarten des Kapitalismus entfernt hat, und nicht, weil er sich davon überhaupt entfernt hat“ 127

„insofern ist die Beschuldigung von unverantwortlichen Verantwortlichen allemal leicht zu haben“ 132 „Sämtliche Prinzipien der Entlohnung legen die arbeitenden Lohnempfänger darauf fest, um ihres eigenen Auskommens willen nicht irgendeiner besseren Erkenntnis über Hand-in-Hand-Arbeiten von Abteilungen und Betrieben zu folgen, sondern ihren privaten Kalkulation mit den Lohnbestandteilen, die sie stimulieren sollen. So zeigt sich auch hier kein allgemein-menschlicher Mangel an Moral, sondern der Systemfehler ...: Der Lohn, der Arbeit *kauft, scheidet* den Nutzen, den die lohnzahlenden Arbeitgeber von den Arbeitern holt, von dem Nutzen, den sich der diensttuende Lohnempfänger davon verspricht“

„Der Lohn macht das schlichte sachliche Verhältnis einer planmäßigen Arbeitsteilung – jeder trägt zum gesellschaftlichen Reichtum bei, der für alle da ist – von vornherein zunichte und knüpft statt dessen zwei grundsätzlich entgegengesetzte Interessen aneinander: das Interesse des Lohnarbeiters an einer möglichst leicht verdienten möglichst großen Geldsumme ... und das Interesse der lohnzahlenden Instanz von größtmöglicher Arbeitsleistung fürs geringstmögliche Entgelt“ 132

„In diesem Sinne haben sie den Kapitalisten ihre individuell akkumulierenden Geldvermögen weggenommen und das allgemeine Kaufen und Verkaufen, das Preise-Festsetzen und Gewinne-Einstreichen verstaatlicht“ 143 „Und an die Stelle der Konkurrenz haben sie – einen gigantischen Widerspruch gesetzt“

**Auszüge aus Sutterlütti, Simon (tbp): „Commonismus – Jenseits von Marktwirtschaft und DDR“**

Das vierte Element der Herrschaft des Tauschwertes über den Gebrauchswert ist jenes, das beide Wirtschaftssysteme wohl am stärksten zusammenschweißt. In beiden wird Arbeit durch Bezahlung erzwungen und der Zugang zu Reichtum hängt am Geld. In beiden werden die Arbeitsprodukte so zu Waren, die einerseits als Gebrauchswerte Bedürfnisse befriedigen sollen und andererseits als Tauschwerte den Produzentinnen dazu dienen (möglichst viel) Geld heranzuschaffen, also möglichst viel Kommando über die Arbeit anderer. In beiden ist Arbeit einerseits konkrete Arbeit, die sinnlich

erfüllend ist und Gebrauchswerte herstellt, und gleichzeitig abstrakte Arbeit, die erzwungen wird, kostengünstig sein soll und Tauschwert produziert. Der Tauschwert beherrscht weiter die Wirtschaft, weil die Lohnarbeit weiter das Leben der Menschen beherrscht. Der Arbeitszwang verwandelt das Miteinander der sozialistischen Genoss\*innen zum Gegeneinander kapitalistischer Subjekte. Wieder reißen individuelle und gesellschaftliche Rationalität auseinander, wieder Gefangenendilemma. Arbeiter\*innen und Betriebe versuchen möglichst viel gesellschaftliche Ressourcen – Geld, Arbeitskräfte, Material – zu gewinnen und zu horten, statt Gebrauchswerte herzustellen. Das kann man ihnen auch kaum verübeln, genötigt zur Arbeit, machen sie für sich individuell das Beste daraus. Gleichzeitig entwickeln Arbeiter\*innen Freude und Stolz auf die eigene Arbeit, und der irrationale Verwertungszwang ist deutlich abgeschwächt, aber nur wenig überzeugte Sozialist\*innen arbeiten primär für den Gebrauchswert. Das Planbüro zielt durchaus auf Gebrauchswerte, das primäre Ziel der Lohnarbeiter\*innen und der Betriebe ist der Tauschwert. Sie sind wieder gefangen in der isolierten Bedürfnisbefriedigung gegeneinander. Der Arbeitszwang verwandelt die Rationalität des gesellschaftlichen Plans in das Gegeneinander der isolierten Tauschwertjagd.

[...] Der Widerspruch zwischen Gebrauchs- und Tauschwert schafft ständig Gegensätze. Die Betriebe wollen fristgerechte Lieferung und Produktqualität, aber für sich Freiheit und lasche Vorgaben. Leitungen und Belegschaft kämpfen um Löhne, Prämien und Arbeitsbelastung. Wobei die Arbeiterinnen, wie es sich für einen sozialistischen Staat gehörte, wohl viel Macht auf ihrer Seite hatten, um sich gegen ihren Arbeitgeber zu wehren. Der zentrale Gegensatz war wohl der zwischen Staat und Betrieben. Der Staat – als Käufer und gleichzeitig Betriebseigentümer - wollte gute Produkte, ständige Produktivitätssteigerung, niedrige Preise, fristgerechte Lieferung, die Betriebe aber hohe Prämien, hohe Preise, viel Entscheidungsspielraum und mäßige Anforderungen.

Wie im Kapitalismus geht es den Akteur\*innen um Gelderwerb und Geldvermehrung, nicht zuerst um Qualität, Produktivitätssteigerung oder gar schöne Arbeitsplätze. Misst die Konkurrenz aber die Betriebe direkt an Kosten, Produktivität und Produktqualität und zwingt so die Betriebe ihre Gewinne zu maximieren, um ihre Produktion zu verbessern, führt das Staatskommando zu viel diffuseren Anreizen, schafft Hintertürchen und Spielräume. Der Weg zu Lohn und Prämien ist nur leidlich an ökonomische Performance, niedrige Preise und bessere Produkte geknüpft. Zum einen ist ihr Weg weniger leistungsorientiert, der Staat garantiert Arbeitsplätze und betriebliches Fortbestehen, zum anderen führt er über vielerlei Kennzahlen, Verhandlungen, Beziehungen und Planpoker. Ist der marktkapitalistische Weg steil, fordernd, ständig voller neuer Tücken und am Gipfel steht einzeln strahlend das Dollarsymbol des Nettogewinns. So ist der staatskapitalistische Weg ruhiger, besser versichert und mehrere Gipfel wie Planerfüllung, Nettogewinn, gute Beziehungen zu den Planinstanzen müssen gleichzeitig angesteuert werden. Die Herrschaft des Tauscherts „erscheint nur noch in Form äußerlicher staatlich-bürokratischer Aufsicht, also nicht mehr in Gestalt der ‚Zwangsgesetze der Konkurrenz‘ (Marx). Deshalb kann sie auf tausendfältige Weise hintergangen, ausgetrickst und durchlöchert werden“ (Kurz 1991: 104).<sup>9</sup> Konsequenter orientieren sich staatskapitalistische Betriebe weit weniger an Mehrwert und Profit, und ebenso wenig verbilligen und ‚verwohlfeinern‘ sie ständig Produkt und Produktion. „Die Betriebe gewinnen auf diese Weise eine im Westen unvorstellbare Freiheit, Schrott zu produzieren“ (Stahlmann 1990, Quadratur des Kreises).

---

9 Robert Kurz argumentiert, dass die Konkurrenz im Staatskapitalismus fortbesteht: „Die Betriebe konkurrieren mit dem Staat um die Gewinnabschöpfung und die Planziffern; die Betriebe, Branchen und Regionen konkurrieren untereinander um die Fonds- und Materialzuweisungen; Die Produzenten und Konsumenten konkurrieren um die Preise und Gebrauchswerte der Güter.“ Wirklich beendet „wurde nur die produktivkraftsteigernde Funktion der Konkurrenz nicht aber das abstrakte Gegeneinander der gesellschaftlichen Instanzen und Individuen“ (Kurz 1991: 133). Wir können das Argument hierfür gut verstehen, es verdeutlicht noch einmal die Strukturähnlichkeit von Kapitalismus und Staatskapitalismus und eine bloße Verlagerung der Konsequenz. Doch unterscheidet sich kapitalistische und staatskapitalistische Konkurrenz und um diesen Unterschied deutlich zu machen – und um der alltäglichen Verwendung näher zu bleiben – verwenden wir Konkurrenz weiterhin bloß für die kapitalistische.

Wir erleben eine Art geknebelten Kapitalismus, dem die wichtigste ökonomische Peitsche abhandengekommen ist. Warenproduktion beraubt um ihre produktivste Seite. Capitalism on ice. [...]

## **Commonismus & Koordination**

Der Commonismus hat einerseits eine Informationsinfrastruktur, die wir Stigmergie nennen, gleichzeitig gibt es die konkrete Planung, in der es keine zentrale Institution (wie eine Räteinstitution) gibt, die Entscheidungen trifft, sondern die Commonsbetriebe & Commonsverbände gehen dezentral Kooperation miteinander ein, wir nennen dies Polyzentralität (viele Orte entscheiden in Abhängigkeit).

## **Auszüge aus**

<https://www.postwachstum.de/planwirtschaft-2-0-care-commons-commonismus-20221212>

**Wer macht dann die Müllabfuhr?:** Eine Care-Commons-Planwirtschaft müsste Arbeit bedürfnisorientiert neuorganisieren, unbeliebte Aufgaben innerhalb der ökologischen Grenzen automatisieren, aufteilen und rotieren, kollektive Absprachen finden und Suffizienz nutzen. Ist die Arbeit keine Ware mehr und deshalb die Eigenmotivation der Arbeiter\*innen ihr primärer Grund zu arbeiten, dann müssen Betriebe die Arbeit nach deren Bedürfnissen gestalten. Mehr noch, gerade die Betriebe, die Arbeit besonders angenehm, aber auch effizient organisieren, finden besonders viel Unterstützung. Stefan Meretz und ich sprechen deshalb von Inklusionslogik: Es ist nahegelegt die Bedürfnisse anderer einzubeziehen, nicht auszuschließen. Diese Logik der Inklusion gilt auch für die Kooperation zwischen den Betrieben: Ignoriert eine Fabrik ökologische Standards (wobei sich die Frage stellt weshalb, Profit spielt ja nun keine Rolle mehr) oder versucht Güter unfair zu verteilen, ergeben sich wahrscheinlich Probleme mit Zuliefer\*innen und Kooperationspartner\*innen. Gerade Abhängigkeit von anderen legt die Inklusion der Bedürfnisse der Vielen nahe. Aber zurück zur Arbeit. Ein Ende des Zwanges bedeutet auch, dass Automatisierung nicht dort stattfindet, wo sie Profite steigert, sondern wo sie Menschen von ungeliebter Arbeit entlastet. Technik wird somit (endlich) bedürfnis- nicht profiteffizient. Schon heute teilen und rotieren Menschen häufig ungeliebte Arbeiten, wenn man andere nicht einfach durch Lohn, Patriarchat oder Rassismus zu ihnen erpressen kann. Vielleicht entscheiden sich manche Kommunen sogar dazu, dass alle Bewohner\*innen 10 Arbeitstage im Jahr in dauerhaft unterbesetzten Betrieben - seien dies Kitas oder Metallfabriken - aushelfen sollen. Finden sich für manche nicht notwendige Arbeiten zu wenige, weil die Ernte der Erdbeeren oder die Fabrikarbeit zu anstrengend ist, kann diese Gesellschaft auch „aus Freiheit Möglichkeiten ungenutzt [lassen], anstatt unter irrem Zwang auf fremde Sterne einzustürmen“ (Adorno 1983: 178). Faulheit gehört in Maßen zu Postwachstum. Gerade darin besteht die Freiheit einer sich selbstbestimmenden Menschheit: Entscheidend welches Resultat die Zeit, Energie und Ressourcen wert sind.

/Ein Krankenhaus in Nordfrankreich bevorzugte einzelne Menschen, eine kurze Zeit konnte sie es vertuschen, aber Patientinnen und einige Pflegerinnen machten auf das Unrecht aufmerksam. Die Partnerinnen meldeten sich und nach einigem Ringen konnten sie wohl sogar ihre direkten Partnerinnen mit Versprechen privilegierter Versorgung auf ihrer Seite ziehen, aber als deren Partnercommons davon Wind bekamen war die Hölle los. Michel aus einem der Partnerbetriebe meinte „Ich steck seit Jahren meine Kraft und Energie in die Produktion von guten Medikamenten und dann wagen es diese Leute irgendwelche schrägen Deals damit zu machen? Ich hab gehört sie sollen sogar versucht haben wieder zu tauschen – von wegen ‚bevorzugte Behandlung‘ und dafür sorgst du beim Bau-Commons dafür, dass ich schneller den Wintergarten bekomme. Für den Wintergarten von irgendeinem sich selbst privilegierendem A\*\*\* soll ich mich abrackern? Ich konnte es gar nicht glauben, dass unsere Logistik-Partner und Teile des Krankenhauses das gedeckt haben. Ich fühlte

mich ausgebeutet und verraten, hat mich an die Geschichtsstunde zu Kapitalismus in der Schule erinnert. Diese Lappen, wirklich. Sollen sie doch Marktwirtschaft in eine dieser anarchokapitalistischen Kommunen spielen die es in Süddeutschland gibt. Na, denen haben wir ordentlich eingeheizt. Gesteigertes Monitoring, Aufsichtsräte, verstärkte Ombudsstellen, Spaß macht das wohl niemand und es soll in den nächsten Jahren abklingen, aber die müssen sich zuerst mal unser Vertrauen zurückverdienen“/

[...] Auch im Commonismus mag es wieder Tauschversuche geben, aber sie haben es schwer sich zu stabilisieren. Umso schwerer je mehr Menschen an der Produktion und Pflege des Produkts beteiligt waren. Den selbst-gemachten Tisch kann der Nachbarin als Tausch für Gartenpflege angeboten werden – welcher totalitäre Staat will dies auch verhindern, auch wenn die Motivationskultur dazu nicht gerade einlädt – aber bei komplexeren Produkten wird es schwer. Mehr Aufwand verlangt mehr Kooperation. Gerade Dienstleistungen oder Produkte mit hohem Aufwand stehen unter hohem Inklusionsdruck. So ist es aufwändiger und wichtiger Kooperation besonders nahegelegte Strukturen zu bilden, die gute Konfliktlösungen und Inklusionsentscheidungen erlauben. Viele Menschen haben sich freiwillig bei ihrer Bereitstellung beteiligt und haben ein Auge darauf oder zumindest ein Bedürfnis danach, dass sie möglichst bedürfnisorientiert genutzt und verteilt werden. Dies basiert nicht darauf, dass Menschen gut wären und ständig die Bedürfnisbefriedigung einer möglichst großen Anzahl an Menschen maximieren wollen. Sondern hat wie im obigen Beispiel mehr mit Sich-Selbst-Ernstnehmen, vielleicht Gerechtigkeitsempfinden und mit dem Aufrechterhalten einer Verteilung zu tun, in der Alle gleichermaßen vorkommen und so auch Alle motiviert sind sich an der Re/Produktion zu beteiligen. Gerade eine inklusive und gerechte Verteilung garantiert eine allgemein sichere Versorgung, in der je ich versorgt bin und als grundlegend geltende Bedürfnisse Vorrang haben. Solch eine Versorgung motiviert die größte Anzahl von Menschen bei der Re/Produktion beizutragen, muss sich nicht – wie etwa ‚Festung Europa‘ - gegen das Anstürmen der Ausgeschlossenen wehren und schafft so eine Versorgung, die eben weil sie versucht möglichst alle einzubeziehen, Sicherheit schafft.

Zu Recht wird gefragt ob denn hier wirklich von ‚freier Kooperation‘ zu sprechen ist, in der es keine Herrschafts-Mittel mehr gibt, um Menschen zur Arbeit zu erpressen. Werden nicht gerade die Westfälener Werke durch Erpressung gezwungen ihre Produktion umzustellen? Erpresst der Commonismus nicht konkret Menschen und Betriebe zu ‚richtigem‘ (sozial erwünschten) Verhalten und abstrakt tun wir so als gäbe es das nicht? Nun, der Commonismus erlaubt den Re/Produzentinnen keine sozial unbegrenzte, keine isolierte oder atomisierte Freiheit, keine Freiheit auf Kosten anderer, deswegen ‚Freiheit in Abhängigkeit‘, deswegen assoziierte Re/Produktion

**Eingebettete Allgemeinheit:** In Lohnarbeitsgesellschaften ist der Staat die Institution der Allgemeinheit, indem er Politik in Form von Förderungen oder Gesetzen verallgemeinert. Durch ihn werden politische Forderungen gesellschaftlich bindend. Er ist quasi die Tür zwischen Politik und Gesellschaft, zwischen privater Forderung nach Allgemeinheit und realer Verallgemeinerung.

Die Frage nach gesellschaftlicher Allgemeinheit ist eng verwandt mit der Frage nach der Vergesellschaftung, und wie jene wurde und wird sie oft an Staatlichkeit gekettet. Für viele ist es selbstverständlich, dass auch in einer befreiten Gesellschaft eine Institution Allgemeinheit herstellt, Grundrechte schützt, gemeinsame Absprache durchsetzt und so den Türwächter zwischen Forderung und Umsetzung bildet. Wieder soll sich Allgemeinheit getrennt von der Gesellschaft in einer eigenen Institution herstellen. Statt der machtvollen – wenn auch nicht unbedingt gewaltvollen - Durchsetzung von »objektiven« Entscheidungen setzen sich im Commonismus tendenziell die Forderungen und Vorschläge durch, welche unterschiedliche Bedürfnisse am besten inklusiv vermitteln. Allgemeinheit stellt sich nicht als getrennte Allgemeinheit in einer Institution her, sondern ist das Produkt vieler dezentraler Entscheidungen und Handlungen oder, was das gleiche ist: das Produkt der Entscheidungen polyzentraler Institutionen und der Vielheit der Commons. Sie ist ein emergentes, sich-ergebendes Phänomen, nicht klar institutionalisiert und nicht Folge eines allgemeinen Planes, sondern Produkt vieler Pläne und Entscheidungen.

**Zu Stigmergie und Rechengrößen:** Für den Commonismus ist die Idee der Stigmergie, hinweisbasierter Kommunikation, entscheidend: Alle menschlichen Gesellschaften kommunizieren hinweisbasiert, wobei es prozessinhärente Hinweise gibt (das Bügeleisen sagt wie es genutzt werden muss, aber auch welche Teile dafür notwendig sind), als auch prozessbegleitende Hinweise. Der Commonismus ist eine naturalplanende Gesellschaft, dass heisst die Koordination findet „in kind“ in konkreten Größen statt und es gibt keine Unit of Account (UOA). Rechengrößen können in einer sozialistischen Gesellschaft 3 Funktionen haben:

i. Informationsgröße/ bloße Recheneneinheit: Die prozessbegleitende Recheneneinheit – bspw. Arbeitszeit, Emissionen oder Energie - unterstützen das Treffen von Entscheidungen und haben nur informierende Funktion. So tragen Güter im Commonismus bestimmte Größen, die Commonistinnen für sinnvoll empfinden (wie Arbeitszeit, Emissionen, Energieinput, Materialinput, Arbeiterzufriedenheit etc.). Diese Rechengrößen können genutzt werden um Güter, Betriebe und Produktionsketten zu vergleichen, aber bestimmen nicht den Umgang. Nur weil ein Commons viel Arbeitszeit braucht erhält es nicht weniger Produktionsmittel von anderen oder findet keine Abnehmer\*innen für seinen Produkte, vielleicht hat es gute Gründe dafür.

ii. UOA als Optimierungs-/Entscheidungsgröße: Eine post-work/kommunistische Gesellschaft versucht bspw. Arbeitszeit & Emissionen zu sparen und optimiert über die UOA(s). Damit „trifft“ die Größe Entscheidungen auf vielerlei Ebenen (bspw. welche Betriebe mehr Ressourcen erhalten etc.). Hier verselbständigt sich die Größe tatsächlich und entfaltet besondere Entscheidungsmacht. Nehmen wir ein Betrieb mit relativ hoher Arbeitszeit und durchschnittlichen THG-Emissionen. Die UOA Arbeitszeit würde nahelegen, diesen Betrieb in der Ausstattung zu benachteiligen. Vielleicht begründet sich die geringe Arbeitsproduktivität rational, dass die Arbeiter\*innen entspannt arbeiten wollen oder viele behinderte Personen dort arbeiten oder ein Vogelbiotop in der Nähe geschützt wird. All diese Gründe können nicht in der UOA ausgedrückt werden und werden deshalb in der gesellschaftlichen Planung ignoriert. Die UOA reduziert die gesellschaftliche Rationalität, reduziert die Komplexität menschlicher Bedürfnisse auf eine Größe. Weiter ist aber Arbeitsleistung von Konsummöglichkeit unabhängig.

iii. UOA als Erscheinungsform des Werts: Das wird sie nur wenn Vergesellschaftung über Arbeit und UOA als Optimierungsgröße gemeinsam auftritt.

Schon eine UOA als Optimierungsgröße schafft große Probleme, indem sie gesellschaftliche Probleme auf eine (oder mehrere) Einheiten reduziert und so einen Teil der Wertlogik reproduziert. Nehmen wir ein Betrieb mit relativ hoher Arbeitszeit und durchschnittlichen THG-Emissionen. Die UOA Arbeitszeit würde nahelegen, diesen Betrieb in der Ausstattung zu benachteiligen. Vielleicht begründet sich die geringe Arbeitsproduktivität rational, dass die Arbeiter\*innen entspannt arbeiten wollen oder viele behinderte Personen dort arbeiten oder ein Vogelbiotop in der Nähe geschützt wird. All diese Gründe können nicht in der UOA ausgedrückt werden und werden deshalb in der gesellschaftlichen Planung ignoriert. Die UOA reduziert die gesellschaftliche Rationalität, reduziert die Komplexität menschlicher Bedürfnisse auf eine Größe.

Ist die UOA notwendig für Konsum und wird nur durch Arbeit verteilt, streben alle Arbeiter\*innen vernünftigerweise nach dieser UOA, sie ist der zentrale Erscheinungsform des (Tausch-)Werts. Je nach System koordiniert die UOA auch die Produktion (Verteilung von Vorprodukten und Produktionsmittel, nicht nur die Verteilung der Konsumtionsmittel), dann streben auch die Betriebe nach diesem (Tausch-)Wert – in manchen Systemen geschieht die Verteilung über direkte Zuteilung nicht gegenseitigen Kauf und Verkauf qua UOA. Existiert Arbeitszwang bzw. bezahlte Arbeit regiert notwendig der Wert die Produktion, und je mehr die UOA diese Gesellschaft koordiniert wird sie zur Erscheinungsform dieses Werts.

**Im Kommunismus sollte Arbeitszeitrechnung nur eine Rechengrößen sein, die es erlaubt Betriebe und Güter zu vergleichen und so die Planung informiert, nicht aber bestimmt.**

**Institutionen der Allgemeinheit:** Karsten: Wir hatten jetzt wirklich einige Probleme des Commonismus diskutiert: Einzelpersonen, Gruppen oder Regionen könnten nicht gleichwertig einbezogen werden, es gilt Leistungsverteilung zu verhindern, wichtige Re/Produzentinnen zu entmachten usw. Und für all diese Probleme bietet sich eine Lösung an: eine Institution der Allgemeinheit, von mir aus auch mehrere. Diese kann im Zweifelsfall angerufen werden, um der Do-oracy von diesen Commons und deren Verbänden und Verbänden Grenzen zu setzen. Warum soll man hier nicht auf allgemeine Institutionen setzen? Sind sie nicht gerade dafür gemacht? Nicht alles zu planen, sondern im Zweifelsfall regulierend einzugreifen? Ich höre schon deinen Ruf ‚Uh, böser Staat‘, aber solche Institutionen müssen ja gar keine Gewaltmittel oder gar ein Gewaltmonopol haben. Es reicht, wenn genug Akteurinnen sie anerkennen, ihr zuhören und auf ihre Kritik und Entscheidungen Wert legen. So würden sie ihre Entscheidungen nicht über einen eigenen politischen Apparat durchsetzen, sondern durch ihnen zugeneigte politische Verbände, Meta-Commons, Verbänden usw. Solche Institutionen wären keine über der Gesellschaft stehende Macht, sondern fest mit ihr verbunden. Sie sind eher der Ausdruck eines grundlegenden Bündnisses sehr vieler Akteurinnen, die sich auf eine Art kommunistischen Grundverfassung geeinigt haben: alle Menschen sollen gleichen Zugang zum Reichtum haben, niemand soll zur Tätigkeit erpresst werden, etc.

Lisa: Sie verhindern die Machtkonzentration der Do-oracy, indem sie selbst Macht konzentriert? Das klingt mir nach dem Versuch den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben. Solch eine Institution akkumuliert Macht, kann sich so besonders gut rechtfertigen und ist quasi ein Schwergewicht im kooperativen und diskursiven Feld der Koordination. Dazu kommen die oben genannten Gefahren, sie könnte ihre Kompetenzen immer weiter ausdehnen, sie könnte verkrusten, sozial bildet sich ein Planungsmilieu heraus, sie drängt Bedürfnisunterschiede in Richtung Interessensgegensätze usw..

Karsten: Ich finde die Machtkonzentration kann man nicht gleichsetzen. Institutionen der Allgemeinheit könnten sich rätendemokratisch oder über allgemeine Wahlen aufbauen, so wäre ihre Machtkonzentration demokratisch überwacht und legitimiert, und resultiert nicht aus deinen Bündnispolitiken des Zufalls und Freundschaft. Mir ist lieber absetzbare Delegierte besitzen Macht als irgendwelche Arbeiterinnenführerinnen. Ja, die kann man auch wählen, aber sie sind weniger kontrollierbar. Solch eine Institution konzentriert Diskursmacht, aber wäre vielfach Kritik und Kontrolle ausgesetzt. Ist die Macht lokalisiert, ist sie einfacher einzuhegen. Lieber Macht klar institutionalisieren und überwachen, als diffus und hintergründig aufbauen und wirken lassen.

Lisa: Aber merkst du nicht, wie du hier viele üblichen Argumente für Staatlichkeit einführst? Also klar, solch eine Institution – oder auch mehrere – ist gewaltfrei im allgemeinen Sinne. Sie kommandiert nicht die Re/Produktion und verfügt nicht exklusiv, eigentumsförmig über Güter und Dienstleistungen, sondern bedarf der Unterstützung. Aber das gleiche gilt auch für den modernen Staat. Ohne Legitimität ist er nichts. Was meinte Gramsci - „mit Zwang gepanzerte Hegemonie“. Gut, der Zwang ist hier nicht so deutlich, aber de facto kann solch eine Institution Macht über Menschen ausüben, gerade das soll sie ja auch, sie soll ja gerade exkludierende Commons aufhalten können.

Karsten: Macht über Menschen üben Commons auch aus, wenn sie ihre Verteilung verändern. Du begreifst Freiheit vorwiegend als Freiheit des Tätigseins und nicht als die Sicherheit der Versorgung. Dir ist zuerst wichtig, dass Menschen frei über ihre Lebenszeit entscheiden können, damit eben keine Herrschaft der abstrakten Arbeit entsteht. In der Analyse stimme ich dir auch zu, aber die Sicherheit im Konsum, die wohl mehr mit dem zweiten grundlegenden Wert des Sozialismus neben Freiheit – Gleichheit - zu tun hat, fällt bei dir tendenziell schwach aus. Der Zwang ist bei einer solchen gewaltlosen Institution nicht nur „nicht so deutlich“, sondern schlicht inexistent. Sie schafft Verbindlichkeit und ja auch Durchsetzungsmacht, aber nicht qua Herrschaft, sondern qua Konsens. Diese Institution besitzt nur eine Form von Macht: E.O. Wrights „demokratische Macht“ – sie wirkt, indem sie überzeugt. Und das ist wirklich etwas anderes als Polizei, Militär und Bürokratie, ihr Willen

wird nur umgesetzt folgen ihr die Re/Produzentinnen und politischen Verbänden. Sie ist gerade keine getrennte, sondern eine eingebettete Allgemeinheit.

Um dem Ganzen noch eins drauf zu setzen: Vielleicht gibt es Verbände, Bewegungen und Verbände, die darauf achten, dass die Vorschläge dieser Institution umgesetzt werden. Vielleicht verstehen diese sich gar als ihre Miliz oder Polizei. Oben wurden ja soziale Bewegungen angesprochen, wie wäre es mit politischen Verbänden, die sich dieser Institution zuordnen? Gut, vielleicht haben sie keine Waffen und keine Gefängnisse, da bräuchte es einen großen gesellschaftlichen Konsens für Repressionsmittel. Aber trotzdem organisieren sie Widerstand unter den Arbeiter\*innen und blockieren die Re/Produktion. So erhält die Institution, wenn schon nicht einen ‚bewaffneten Arm‘, so doch einen ‚sozialen Arm‘. Und keine der aufgeführten Ideen widerspricht dem Grundsatz von Freiwilligkeit und gerechter Versorgung, solch eine Institution mit zugeordneten politischen Verbänden und re/produzierenden Verbänden kann einfach entstehen. Wir können die Entstehung solch einer Institution gar nicht verhindern, sondern nur kritisieren.

## **Die zapatistischen Selbstverwaltungsstrukturen als praktizierte Form der Räte-demokratie? Auszüge aus der Untersuchung von Simon Schuster im Buch „Demokratie des gehorchenden Regierens“ (Unrast 2017)**

Wie in diesem Reader zu Beginn angeklungen gibt es unterschiedliche „Vibes“, wie sich im Kontext einer gesellschaftlichen Umwälzung eine neue gesellschaftliche Ordnung etabliert. Der zweite in diesem Zusammenhang beschriebene Vibe geht davon aus, dass vorab zumindest in Ansätzen geklärt sein müsse, welche Institutionen– und wohl auch, wie deren Arbeitsweisen – geschaffen werden müssten, damit im Umwälzungsprozess und danach ein zuverlässige alternative gesellschaftliche Ordnung und Reproduktion gewährleistet werden kann.

Blickt man auf die Genese der zapatistischen Selbstverwaltung dürfte dies die Annahmen dieses Vibes unterstützen, ist dabei aber unter den besonderen gesellschaftspolitischen Bedingungen zu sehen. Die zapatistischen Selbstverwaltungsstrukturen waren nie und sind bis heute kein statisches am Reiskbrettentworfenes Gesellschaftskonzept gewesen. (Fast) alles was entstanden ist, ist Folge eines langen, evolutionären Lernprozesses. Dieser hat sich stets am Entwicklungsstand der Bewegung, deren Notwendigkeiten sowie den Bedürfnissen der Basis orientiert. Beinahe von Anfang existierte dabei ein Orientierungsrahmen von drei grundsätzlich nicht verhandelbaren Idealen: das Prinzip des „Eine Welt, in die viele Welten passen“, das „Gehorchende Regieren“ sowie das „Fragende Voranschreiten“. Sie geben der Entwicklung der Bewegung bis heute Maß und Rahmen. Die Besonderheit bei der Entwicklung des zapatistischen Modells der Selbstverwaltung ist trotz aller Verbundenheit zu den Prinzipien, dass Ablehnen von Dogmen und die Orientierung an den praktischen Bedürfnissen der *base de apoyo*. Zum Ausdruck bringen sie dies in dem schönen Satz: „Unsere Metatheorie ist die Praxis“. Sie meinen damit, dass sich jedes theoretisch erdachte Konstrukt nicht in der Theorie, sondern in der Praxis bewähren muss.

Über den Verhandlungsprozess der Bewegung bis zu den heutigen Strukturen haben sich die abstrakten, für die konkrete Anwendung an sich nur schwer fassbaren Aussagen der Grundprinzipien definiert. Sie wurden ausverhandelt und umgesetzt in ein differenziertes System der Entscheidungsfindung, Beteiligung und Verantwortungsübernahme innerhalb der zapatistischen Gebiete. Runtergebrochen auf ein (okzidentales) verfassungstheoretisches Verständnis haben die Zapatist\*innen auf Grundlage der zitierten Strukturprinzipien die grundlegenden Fragen, die (räte-)demokratische Strukturen geben müssen, beantwortet. Diese Fragen sind:

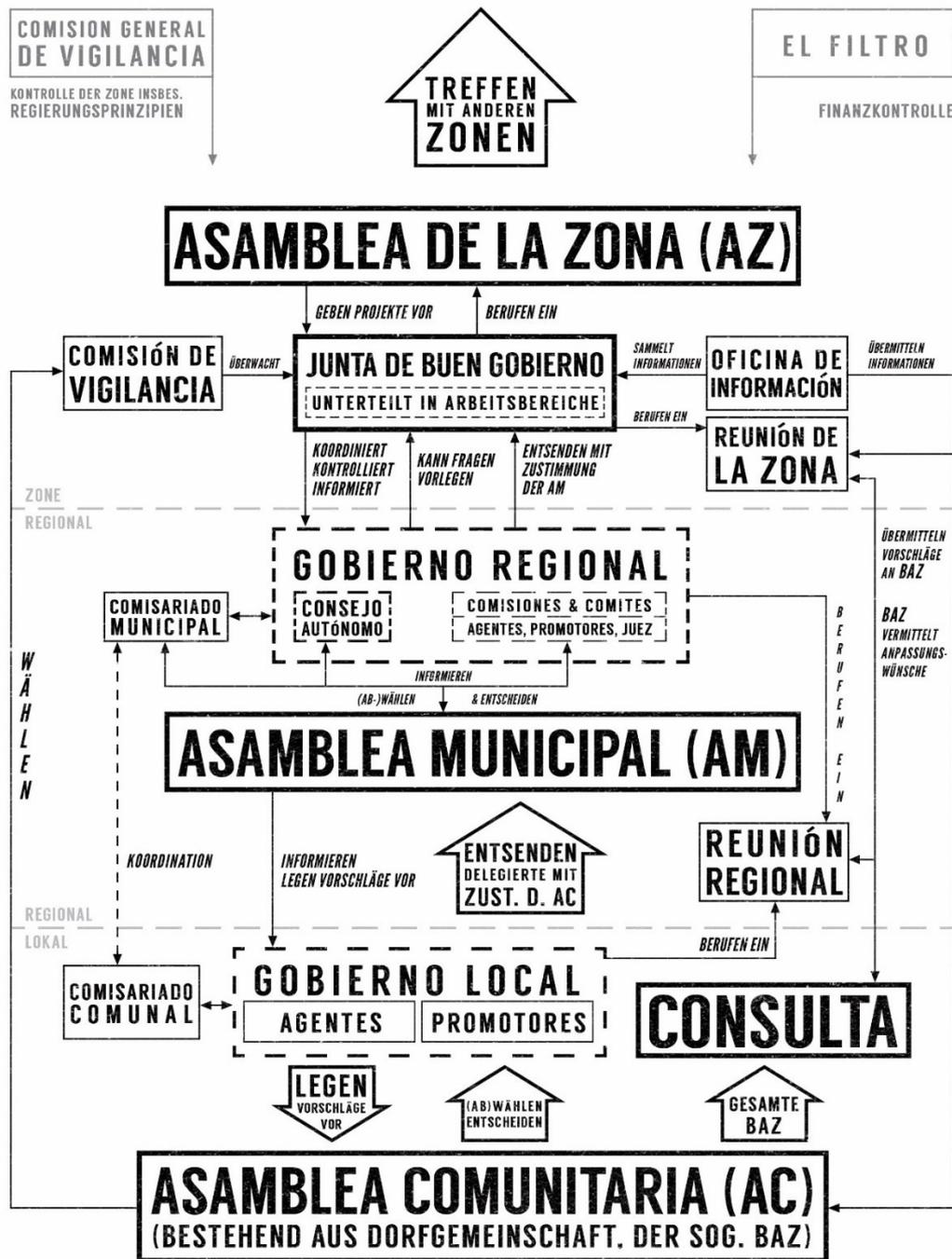
- 1 Wie und durch wen wird die Hoheits- und Entscheidungsgewalt der geschaffenen Institutionen legitimiert? (demokratische Legitimation im Sinne der Sicherung der Souveränität der Betroffenen)
- 2 Wie erfolgt die horizontale und vertikale Kompetenzverteilung zur Entscheidungsfindung und wie ist der Entscheidungsfindungsprozess gestaltet?
- 3 Gibt es eine Gewaltenteilung als Instrument der Entscheidungskontrolle und, wenn ja, wie ist diese ausgestaltet?
- 4 Wie gestaltet sich das Verhältnis der in der Ordnung assoziierten zu den das Individuum konkret betreffenden Entscheidungen (sog. Staat-Bürger-Verhältnis).

Die Umsetzung der genannten Punkte kann in der Regel nicht durch eine einzelne Ordnungsentscheidung erfolgen. Die Wirksamkeit stellt sich erst durch das Zusammenwirken unterschiedlicher Einzelentscheidungen ein.

Weil der Ansatz der Zapatist\*innen eine „andere Politik“ im Sinne einer möglichst breiten Diversifizierung/Verhinderung von Macht fordert, ist klar, dass die Antworten andere sein mussten, als in einer repräsentativen oder präsidentialen Demokratie. Der Konzentrierung von Entscheidungsmacht in einer Person oder Institution – auch in ausdrücklicher Abkehr von jeder Form des Avantgardismus

– stellen sie ein möglichst dezentrales auf umfassendes System der Einbeziehung bis hin zu umfangreichen (Diskurs-)Teilnahmepflichten entgegen.

Ein Überblick über die in über 30 Jahren der Bewegung geschaffene komplexe Gesellschaftsordnung gibt die nachfolgende Grafik:



GRAFIK VON CYRIL DJEMAOUN: [HTTP://CARGOCOLLECTIVE.COM/CYRILDJEMAOUN/](http://CARGOCOLLECTIVE.COM/CYRILDJEMAOUN/)

Sie gibt einen Eindruck davon, wie die Zapatist\*innen ihre gesellschaftliche Ordnung innerhalb einer Zone zwischen der Zone, den Landkreisen und den Gemeinde, notwendige gesellschaftliche

Aufgaben, wie das Schul- oder Gesundheitssystem sowie die Betreuung der Kooperativen und nicht zuletzt die Entscheidungsfindung innerhalb der Ebenen und zwischen den Ebenen funktionieren soll.

Nachfolgende Textauszüge aus dem im Unrast-Verlag erschienen Buch sollen einen konkreteren Eindruck vermitteln. Zum Verständnis sei erklärt, dass das Buch auf einer juristischen Doktorarbeit beruht. Ansatz der Doktorarbeit ist, dass System der zapatistischen Selbstverwaltung und Gesellschaftsordnung über den Entwurf einer Verfassung greifbar zu machen. „Verfassung“ wird dabei Verstanden als Ergebnis und Zusammenfassung gesamtgesellschaftlicher politischer Ordnungsentscheidungen. Das dies eine theoretische, sogar utopische Annahme für die Genese der gesellschaftlichen Verfasstheit ist, ist mir als Autor bewusst. Es ist aber nach meiner Auffassung ein sinnvolles Vehikel, um die zu besprechenden Fragen und Ansätze zu klären. Man darf sich also nicht von Begriffen wie „verfassungsgebender Gewalt“ oder ähnlichem irritieren lassen.

Zuletzt sei darauf hingewiesen, dass sich das System der zapatistischen Selbstverwaltung beständig weiterentwickelt. Die Textpassagen beziehen sich auf den Stand 2017. Sie vermitteln weiterhin ein aktuelles Bild der Verhältnisse. Zwischenzeitlich ist die Bewegung aber Schritte gegangen, um insbesondere verstärkt auch außerhalb der autonomen Territorien wirken zu können:

### **Überblick über die autonomen zapatistischen Territorien**

In jeder der fünf Zonen findet sich die Untergliederung in Verwaltungseinheiten der Landkreise und Dörfer. Die Zapatisten benutzen für diese Verwaltungsebenen den Begriff des »Nivel« (dt.: Ebene). Dieser und die Untergliederung in obere, mittlere und untere Ebene darf nicht im Sinne von Hierarchieebenen verstanden werden. Die Ebenen sind eher im Sinne einer Zentralisierung von politischen Beratungs- und Initiativkompetenzen der jeweiligen Gremien zu verstehen. Der Idee eines Subsidiaritätsgrundsatzes folgend sind Konflikte oder Entscheidungen auf einer möglichst dezentralen Ebene zu treffen. Das heißt, je nachdem ob mehrere Gemeinden oder Landkreise in die Lösung und den politischen Willensbildungsprozess integriert werden müssen, wandert die Zuständigkeit. Die Beratung, Vorbereitung und Umsetzung einer Entscheidung führt zur nächsten zentraleren und damit »höheren« Ebene. Eine Zapatistin aus dem Caracol II nimmt in den Büchern der *Escuelita* selber Stellung zu den drei Ebenen:

*»In unserer Zone gibt es drei Ebenen der autonomen Autoritäten:*

*Auf der ersten Ebene gibt es die agentes und comisariados autónomos. Diese gibt es in jeder zapatistischen Gemeinde. Sie sind die unmittelbaren Vertreter der Gemeinden.*

*Auf der zweiten Ebene gibt es die autonomen Autoritäten der Landkreise. Dies sind die Vertreter, die die Gemeinden in ihrem Landkreis kontrollieren und überwachen.*

*Auf der dritten Ebene gibt es den Rat der Guten Regierung. Er ist verantwortlich für die anderen Regierungsinstanzen und regiert die ganze Zone. Aber die höchste Autorität sind die Dörfer« (Übers. d. Verf.).*

Die Institutionen und Regierungsgremien werden durch Menschen aus den Dörfern besetzt. Für eine gewisse Dauer wird ihnen durch Wahlen in den verantwortlichen Versammlungen ein Amt übertragen. In diesem sog. *Sistema de Cargo* darf pro Person nur ein politisches Amt übernommen werden. Mit der Übernahme eines *Cargo* gehen besondere Rechte und Pflichten einher, deren Einhaltung der Amtsträger von der Gemeinschaft bzw. die Gemeinschaft von dem Amtsträger einfordern darf.

### **Die Asamblea Municipal**

Die zapatistischen Selbstverwaltungsstrukturen auf der regionalen Ebene sind mit ihren dazugehörigen Institutionen und Gremien die zentralen Handlungsakteure innerhalb der zivilen Strukturen. Dies folgt zum einen daraus, dass sie für die BAZ als politische Instanzen zugänglicher sind, zumal viele der in

den Gemeinden sichtbaren Projekte auf regionale Initiativen zurückgehen. Zentrales Beteiligungsgremium auf der Ebene der Landkreise ist die *Asamblea Municipal*. Sie stellt eine in regelmäßigen Abständen stattfindende zentrale Entscheidungsinstanz dar, die sich als *Asamblea Ordinaria* (dt.: ordentliche Versammlung) in den meisten Landkreisen alle drei Monate trifft. Bei diesen Treffen werden Themen besprochen, die insbesondere die Landkreise und aktuelle politische Herausforderungen betreffen. Dazu informieren die einzelnen Gremien über ihre Projekte und die autonome Arbeit im Allgemeinen. Bei Bedarf kann der *Consejo Autónomo* darüber hinaus zu einer *Asamblea Extraordinaria* (dt.: außerordentliche Vollversammlung) einladen, bei der drängende Fragen und Probleme besprochen werden können. Es ist möglich, dass zu solchen Versammlungen nur jene Verantwortlichen zusammenkommen, die konkret in das zu besprechende Arbeitsfeld involviert sind.

### **Die Gobierno Regional**

Die einzelnen Arbeitsbereiche haben, soweit sinnvoll, ein entsprechendes Äquivalent auf der Ebene der Zone und in den Dörfern. Die Mitglieder dieser Gremien treffen sich bei Bedarf in den sogenannten *Reuniones*. Das sind zentrale Arbeitstreffen, an denen die mit der Materie befassten Vertreterinnen und Vertreter der Gemeinden, Landkreise und der *Junta de Buen Gobierno* zusammenkommen. Sie unterscheiden sich von den *Asambleas*, die auch zu einzelnen Themen stattfinden können, in ihrer Zusammensetzung und der Aufgabenstellung. In *Asambleas* wird über bestehende Konzepte informiert und diskutiert, während in den *Reuniones* neue Lösungskonzepte erarbeitet werden.

### **Die Gobierno Local mit dem Institut der Consulta**

Die unterste, d.h. dezentralste Verwaltungsebene bilden die Gemeinden. Ihre offiziellen Ämter werden in der *Gobierno Local* zusammengefasst, die auf dieser Ebene aus den *Agentes*, den *Promotores*, einem *Consejo de Vigilancia* und eventuell einem *Juez* besteht. Da die Selbstverwaltungsstrukturen und Aufgabenbereiche auf der regionalen Ebenen nicht zuletzt den Bedürfnissen und Anforderungen der Dörfer folgen und in engem Austausch bzw. in ständiger Kooperation und Beratung miteinander stehen, finden sich einige der regionalen Arbeitsbereiche logischerweise auch auf kommunaler Ebene wieder. Die *Promotores* betreuen solche Projekte, bei denen auf den höheren Ebenen eine stärkere Abstimmung erforderlich ist, wie zum Beispiel bei Bildungs- und Gesundheitsprojekten. Sie agieren also insbesondere als Multiplikatoren und Verantwortliche dieser Bereiche auf lokaler Ebene. Die *Agentes* übernehmen organisatorische Aufgaben, die in der Gemeinde anfallen, vertreten die Interessen der Gemeinde in der *Asamblea Municipal* und in der *Asamblea de la Zona*. Unter anderem beruft der *Agente* die *Asamblea Comunitaria* ein und leitet diese. Alle Unterstützerinnen und Unterstützer der Zapatisten der Gemeinde nehmen an ihr teil. Ab dem zwölften Lebensjahr ist man zur Teilnahme angehalten. Ab dem sechzehnten Lebensjahr hat man in der Versammlung vollwertige Mitgliedschaftsrechte. Die Teilnahme wird dann verpflichtend. Zudem finden sich auch auf diesen Ebenen die bereits angesprochenen *Comisariados*. Auch hier nehmen sie eine Sonderstellung außerhalb der politischen Zusammenhänge ein. Sie schließen sich zur Verwaltung des kommunalen *Ejido*-Landes oder anderer örtlicher Kooperativen zusammen.

Auf kommunaler Ebene lässt sich noch eines der entscheidenden Beteiligungsinstitutionen der Selbstverwaltungsstrukturen ansiedeln, das Organ der *Consulta* (dt.: Befragung). Sie ist weniger ein eigenes Organ der kommunalen Ebene. Die *Consulta* ist ein mit den Teilnehmenden der *Asamblea Comunitaria* deckungsgleiches Beteiligungsinstrument. Anders als in der *Asamblea* wird die BAZ hier von ihren Repräsentantinnen und Repräsentanten zu möglichem Handlungsbedarf innerhalb des Landkreises und der Zone befragt. In der *Consulta* soll ihr explizit die Möglichkeit gegeben werden, über Vorgänge und Projekte, die auf regionaler und zentraler Ebene angesiedelt sind, also zu diesem Zeitpunkt noch keinen unmittelbaren Bezug zu lokalen Themen haben, zu diskutieren und über den politischen Fortgang der Initiativen zu entscheiden. Dabei kann es sich um allgemeine Fragen, wie den Umbau der Verwaltungsstrukturen handeln, konkret um die Verwendung von Spendengeldern oder

um die Frage wie brachliegende Flächen genutzt werden sollen. Diese Fragen werden der *Consulta* regelmäßig von den bereits genannten *Reuniones* zur Beratung und Entscheidung vorgelegt. Ihre Funktion geht weit über die eines reinen Abstimmungsorgans hinaus. Durch die Beratungsleistung erfüllt sie eine aktive politische Funktion. Es ist das Instrument, mit dem die BAZ direkte Durchgriffsmöglichkeit auf den politischen Willensbildungsprozess erlangt und Einfluss auf die höheren Verwaltungsebenen nimmt. In den *Consultas* wurden im Verlauf des Aufstandes die entscheidenden Fragen über das weitere Vorgehen der zapatistischen Bewegung diskutiert [...].

## Wahlen

Auf der ersten Ebene wird die demokratische Legitimation zapatistischer Selbstverwaltungsstrukturen durch periodische Wahlen von Vertretern, Delegierten und Funktionären für die autonomen Organe aller drei Verwaltungsebenen gesichert. [...] Als gesichert kann gelten, dass sich die Wahl der Vertreter, Delegierten und Funktionäre »von unten nach oben« vollzieht. Die örtliche Vollversammlung wählt danach in einer Direktwahl durch Mehrheitsentscheidung ihre Vertreterinnen und Vertreter für die *Gobierno Local*.

In *Oventic* ist man wohl dazu übergegangen, die Vertreterinnen und Vertreter in Vollversammlungen aller Dörfer zu wählen, wobei auch hier aufgrund einer ungenauen Begriffsverwendung die Direktwahl unter unmittelbarer Beteiligung der *Base de Apoyo* als auch durch deren Vertreter gemeint sein kann. In *Morelia* hingegen werden für die Wahl der Mitglieder der *Junta* aus jeder Region fünf Repräsentantinnen und Repräsentanten in die *Asamblea Municipal* entsandt, um dort aus den Vorschlägen der Gemeinden die zukünftigen Mitglieder der *Junta* zu wählen. Im Wortlaut heißt es dazu:

»Ein Beispiel: In Lucio Cabañas [ein MAREZ, Anm. d. Übers.] gibt es fünf Regionen und jede Region muss fünf Repräsentanten wählen. Diese fünf Repräsentanten müssen sich im Landkreis vorstellen und für diesen Landkreis werden sie in die *Asamblea de Zona* entsandt, um ihren Delegierten der *Junta de Buen Gobierno* zu wählen.«<sup>10</sup>

Unabhängig von den Einzelheiten der Wahlmodalitäten wird mehrfach betont, dass die Wahl auf eine Willensäußerung der *Base de Apoyo* zurückgeht und vorher kein Wahlkampf stattgefunden hat. Zudem wird der Akt der Ernennung der frisch gewählten Autoritäten im Beisein einer möglichst großen Anzahl von Mitgliedern der *Base de Apoyo* gefeiert und die frisch gewählten Vertreterinnen und Vertretern der Landkreise stellen sich den Gemeinden vor. Damit wird der Zweck verfolgt, den Vertreterinnen und Vertretern ihre Verpflichtung gegenüber den Dörfern in Erinnerung zu rufen. Für die zapatistischen Selbstverwaltungsstrukturen bedeutet dies eine demokratische Legitimation mittels unmittelbarer und mittelbarer Partizipation.

Neben das Wahlrecht müssen bei den Zapatista weitere wirksame Beteiligungsrechte treten, die den Einfluss der *Base de Apoyo* im politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess stärken. Bei den Organen ist zwischen den Verwaltungsorganen der *Gobiernos* und den Entscheidungsorganen der *Asambleas* zu unterscheiden. Beide sind auf regionaler und zonaler Ebene Repräsentativorgane. Die *Gobiernos* übernehmen mehrheitlich Aufgaben einer Exekutive also Koordination und Durchführung von Beschlüssen während die *Asambleas* solche der Legislative übernehmen. Erstere setzt die Entscheidungen um, die letztere getroffen haben.

Bis hierhin erschöpft sich der Legitimationsakt durch die BAZ in periodischen Wahlen. Einen deutlichen Hinweis, dass es die Handlungen der demokratisch gewählten Verwaltungsgremien im zapatistischen Ordnungssystem nicht aus sich heraus vermögen, ausreichend demokratische Legitimation zu erlangen, ist die zentrale Stellung des *mandar obedeciendo*. Dieses bei erster Betrachtung als ein Oxymoron erscheinende Begriffspaar löst sich in der Praxis dahingehend auf, dass

---

10 Zu den Wahlmodalitäten im Caracol IV – Morelia *Manuel*, Resistencia cultural, in: BAZ (Hrsg.), Resistencia Autónoma, S. 61 ff.

der zapatistischen Exekutive und Legislative, *Gobierno* und *Asamblea*, vergleichsweise wenig Raum für unabhängige Entscheidungen verbleibt. Sie werden organisationsrechtlich zu ausführenden Organen von politischen Entscheidungen der Basis »degradiert«. Im Willensbildungs- und Entscheidungsprozess übernehmen sie die Rolle von Initiativorganen und sind gleichsam Berater der Unterstützungsbasen. Dazu heißt es bei *Mora*:

»Zum Beispiel darf ein Initiativvorschlag des Rates der Guten Regierung nicht als Richtschnur verstanden werden, sondern als eine Form, einen Dialog mit den Gemeinden und autonomen Landkreisen einzuleiten, denen das letzte Wort verbleibt«<sup>11</sup> (Übers. d. Verf.).

Sowohl *Gobiernos* als auch *Asambleas* sind in diesem System bei ihren Entscheidungen an die Bewertungen gebunden, die die Gemeinden im Rahmen der *Consultas* treffen. Bei Initiativen, die an die Vertreter der Gemeinden und Landkreis oder an die *Junta* aus der Unterstützungsbasis herangetragen werden oder solchen, die in den Organen selber entstehen, müssen die Gemeindeglieder beteiligt werden. Sie können Vorschlägen zustimmen, sie modifizieren oder ganz verwerfen. Dieses Votum kann auch von der jeweiligen zuständigen *Asambleas* nicht ignoriert werden. Deshalb sorgt das Prinzip des *mandar obedeciendo* für eine konstante Rückkoppelung zwischen den Mandatsträgern, den sog. *Cargos* und der Basis. Die BAZ kann die Handlungsrichtlinien zapatistischer Politik wesentlich (mit-)bestimmen. Durch das hohe Partizipationsniveau, was gleichbedeutend mit einer erhöhten Abhängigkeit der zapatistischen Entscheidungsorgane von der Basis ist, verringert sich das Machtungleichgewicht zwischen den Hoheitsgewalt ausübenden Organen und der Hoheitsgewalt legitimierenden Bevölkerung. Gemäß der Legitimationstheorie wird der Aspekt der individuellen Selbstbestimmung eines Subjekts durch die verstärkte Möglichkeit kollektiver, demokratischer Beteiligung gestärkt.

### **Die Aufgaben der Räte**

Die Aufgaben der Räte sind weiterhin streng administrativ. Mehrfach wird betont, dass es kein *auto mando* bzw. *auto mandarse* (sinngemäß dt.: unabhängiges Befehlen) durch die *Junta* geben darf. Dies betrifft alle zapatistischen Organe. Die *Junta* ist ein Kollektivorgan. Zwar steht jedem Turnus ein Vorsitzender vor, aber weder diese Position noch die Zugehörigkeit zu einem Arbeitsbereich verändern oder erweitern die Kompetenzen der einzelnen Mitglieder. Die Gremien sind keine hierarchischen Gefüge. Sie folgen dem Prinzip des *gobernar en colectivo*. Mit der Übernahme eines Arbeitsbereichs geht keine formelle Kompetenz- sondern eine Zuständigkeitserweiterung einher. Die verantwortliche Person für einen Arbeitsbereich ist Ansprechpartner für Anfragen der Bereiche aus den unteren Ebenen. Sie nimmt an Treffen teil, organisiert und leitet die *Reuniones*. [...]

Es wird deutlich, dass die *Junta de Buen Gobierno* als Exekutiv- und Kontrollgremium für die Zone geplant war. Diese Aufgaben bilden zwar immer noch den Schwerpunkt ihrer Arbeit, doch hat sich ihr Aufgabenbereich hin zu einer Beratungs- und Initiativfunktion erweitert. Sie hat keine eigenen formellen Entscheidungskompetenzen, aber ein Initiativrecht bzw. eine Verpflichtung Initiativen anzustoßen. Dazu gehört, dass sie Entscheidungsprozesse, die auf der Ebene der Zone angesiedelt sind, organisiert und koordiniert sowie die weitere Betreuung von Projekten übernimmt. Sie überwacht zudem die Umsetzung der getroffenen Beschlüsse. Wegen des Verbots des *auto mando* der Organe, welches in einem Komplementärverhältnis zu den sieben Prinzipien des *mandar obedeciendo* steht, ist bei ihrer Arbeit eine umfangreiche Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen der anderen Ebenen notwendig. Die Leiter der einzelnen Arbeitsbereiche treffen sich bei Arbeitstreffen, den *Reuniones*, zu »Expertengesprächen« mit den *Comisiones* und *Comites* insbesondere der Landkreise. Dort beraten sie mit den *Agentes* und *Promotores* über mögliche Projekte in der Zone und halten über das Beteiligungsinstrument der *Consulta* Rücksprache mit der BAZ.

### **Das Sistema de Cargo**

11 *Mora*, Producción de conocimientos en el terreno de la autonomía, in: Baronnet/Mora/Stahler-Sholk (Hrsg.), *Luchas «muy otras»*, S, 94.

Die politischen bzw. Verwaltungsaufgaben bewältigen die Zapatisten, indem sie Mitglieder der BAZ mandatieren. In diesem *Sistema de Cargo* wird die Verantwortung für die verschiedenen Mandate per Wahl auf eine Person als *Cargo* (dt.: »Last«, »Ladung« oder einfach »Amt«) übertragen. Das *Cargo* bildet das Pendant zum »Amt« oder »Mandat«. Grundauftrag einer jeden Autorität im Zapatismus ist die Förderung der Entwicklung der autonomen Territorien. Ihr *Cargo* üben sie im Auftrag der Gemeinschaft aus, der sie während ihrer Amtszeit dienen. Es ist, wie der Name schon sagt, eine Bürde, die der Amtsträger gegenüber seiner Gemeinschaft – Dorf, Landkreis, Zone – zusätzlich zu seiner privaten Arbeit übernimmt.

[...]

Ein weiteres Merkmal der kollektiven Strukturen ist die breite Streuung der Verantwortlichkeit. Jede Person darf innerhalb der Strukturen nur ein Amt übernehmen, sodass bei der Vielzahl der bestehenden Aufgaben viele Personen als Amtsträger an den Verwaltungsprozessen unmittelbar beteiligt sind. Hinter diesem System lassen sich mehrere Gründe erkennen: Erstens kann dadurch die Kohäsion der immer komplexer werdenden Strukturen und die Integration der einzelnen Gemeinden und Personen in die Gemeinschaft gesichert werden. Zweitens steigt die Rückbindung der höheren Verwaltungsebenen gegenüber den einzelnen Gemeinden, da die Verflechtungen durch die Vielzahl an Kontaktpunkten steigen. Einem Kompetenzabzug hinsichtlich der Beteiligung am politischen Willensbildungsprozess soll damit vorgebeugt werden.

### **Ablauf des Entscheidungsfindungsprozesses**

Der konkrete Ablauf der Entscheidungsprozesse in den zapatistischen Zonen lässt sich am besten an Beispielen illustrieren, die in den Büchern der *Escuelita* genannt werden. Das Verfahren wird teilweise abstrakt, teilweise auch an der Behandlung konkreter Einzelfälle zum Beispiel für die Lösung von Agrarnutzungs- und Aufgabenverteilungsfragen sowie für die Nutzung zur Verfügung stehender Haushaltsmittel beschrieben. Die abstrakten Ausführungen stimmen dabei mit dem Ablauf bei konkreten Beispielen überein und ähneln sich auch zonenübergreifend stark. Das Verfahren findet Anwendung, sowohl auf Entscheidungen bei allgemeinen Regelungen als auch auf Einzelfälle. Die Zapatisten bezeichnen diese als *reglamentos*, *proyectos* oder *planes* bzw. *acuerdos de trabajo*. Sie verfolgen das Ziel, die Gesellschaft an der Entwicklung der Funktionsweise teilhaben zu lassen. Das ordentliche Entscheidungsverfahren läuft regelmäßig in vier Schritten ab:

- 1.0.1.1 Maßnahmeninitiative
- 1.0.1.2 Versammlung (*Asamblea*), die Vorschläge ausarbeitet
- 1.0.1.3 Anhörung (*Consulta*) über Vorschläge in den Gemeinden
- 1.0.1.4 Versammlung (*Asamblea*), die Reaktion der Gemeinden diskutiert
  - 1.0.1.4.1 Positives Votum aus Gemeinden: Abstimmung über Vorschläge und Umsetzung durch *Junta*
  - 1.0.1.4.2 Negatives Votum aus Gemeinden: Überarbeitung der Vorschläge und zurück an die Gemeinden

Die Initiative für eine Maßnahme oder einen allgemeinen Handlungsvorschlag kann grundsätzlich von jedem Mitglied der BAZ oder jedem Vertreter auf jeder der drei Verwaltungsebenen ausgehen. Sie könnten dann in den ordentlichen *Asambleas* der Gemeinde, des Landkreises oder der Zone durch den *Agente*, *Promotor* oder andere Repräsentanten aus den Dörfern oder Landkreisen eingebracht werden. Im Normalfall gehen die Initiativen vom *Consejo Municipal* und von der *Junta de Buen Gobierno* aus. Dort wird wegen der Teilnahme an den Versammlungen, Arbeitskreistreffen oder *Reuniones* und des damit verbesserten Überblicks über die Entwicklungen und Bedürfnisse ein Handlungsbedarf früher erkannt und kann besser kommuniziert werden. Zusätzlich sind sie die Ansprechpartner für Vorschläge aus der BAZ. Hinzu kommt, dass insbesondere die *Juntas* für die Verwaltung der

Einnahmen aus Spenden und den *impuestos hermanos*, den Brudersteuern, verantwortlich sind. Ist Kapital vorhanden informiert sie in einer Versammlung über die vorhandenen Mittel und bittet die Landkreise und insbesondere die *Comisiones* als zentrale Arbeitsgruppen, Handlungsvorschläge für die nächste *Asamblea de la Zona* zu entwickeln. An diesen Arbeiten sind regelmäßig die Arbeitsbereichsleiter der *Junta* beteiligt.

### **Gewaltenteilung und Machtkontrolle**

Innerhalb der zapatistischen Selbstverwaltungsstrukturen ist die Gewaltentrias aufgehoben. Sie beschränkt sich auf zwei sichtbare Gewalten, die als Legislative und Exekutive bezeichnet werden können. Träger der Legislativfunktion sind die *Asambleas* und die *Base de Apoyo*. Im politischen Willensbildungsprozess treffen sie grundsätzlich die für die Allgemeinheit verbindlichen Entscheidungen in Form von Einzelfallentscheidungen und abstrakt-generellen Regelungen. Demgegenüber erfüllen die *Consejos Autónomos* und die *Juntas de Buen Gobierno* eine Exekutivfunktion. Sie sind für die Umsetzung der getroffenen Entscheidungen verantwortlich. Sie koordinieren und kontrollieren die Ausführungsprozesse. Eine Judikative im Sinne einer unabhängigen Gerichtsbarkeit besteht dagegen nicht. Das Richteramt ist Teil der Exekutive. Die Aufgabe der Konfliktlösungen und -befriedung übernehmen Gremien unter Vorsitz eines *Juez*. Das Gremium setzt sich aus Mitgliedern des *Consejo Autónomo* oder der *Junta* zusammen.

In ihrem durch unmittelbar demokratische Beteiligungselemente geprägten politischen System geht die legitimationsstiftende Kraft folglich von der Unterstützungsbasis und den durch sie gewählten *Asambleas* aus. Zum Schutz dieser Kompetenzverteilung haben die Zapatisten ein vielschichtiges System der Machtdiversifizierung und Machtkontrolle geschaffen. Ihre Mechanismen dienen vor allem dem Ziel, dass die Selbstverwaltungsorgane die Rückbindung mit der Basis nicht lösen und sich an das Prinzip des *mandar obedeciendo* halten. Ein *auto mandarse* der zapatistischen Autoritäten soll verhindert werden. Durch ihre Mechanismen wollen sie zudem die Entfremdung der Autoritäten von der Basis sowie Korruption verhindern. Bei den von ihnen etablierten Kontrollinstrumenten kann man zwischen *gewaltbegrenzenden* und *gewaltkontrollierenden* Instrumenten unterscheiden. Zu den *gewaltbegrenzenden* Instrumenten zählen

- 1 die Kompetenzverteilung zwischen Exekutiv- und Legislativorganen sowie starke Beteiligung der Basis am politischen Willensbildungsprozess,
- 2 die Dezentralisierung geknüpft an den Grundsatz der Subsidiarität,
- 3 der Aufbau der Exekutivorgane als Kollektivorgane (*gobernar en colectivo*),
- 4 der Regierungswechsel in Turnussen,
- 5 die Ämteringularität sowie
- 6 die Ämterrotation ohne Möglichkeit der Wiederwahl.

Zu den *gewaltkontrollierenden* Instrumenten können gezählt werden

- 7 die Ableistung des *Cargos* ohne Entlohnung,
- 8 die umfangreichen Informations- und Transparenzpflichten aller Repräsentanten und Funktionäre inklusive der Verpflichtung zur regelmäßigen Ausarbeitung von Rechenschaftsberichten,
- 9 die Einrichtung von Kontrollorganen, wie der *Comisión de Vigilancia* und dem *Oficina de Información* sowie

10 die tendenzielle Ausgestaltung des Mandats der Autoritäten als imperatives Mandat mit der Möglichkeit der jederzeitigen Abberufbarkeit (Recall).

Neben diese konstitutionellen Kontrollinstrumente tritt die Sozialkontrolle. Indem die Zapatisten im Regelfall in Dorfgemeinschaften von überschaubarer Größe leben, würde ein Vermögenszuwachs eines Teils der Gemeinschaft schnell auffallen. *Marcos* führt zu diesem sozialen Kontrollmechanismus aus:

»Die Autoritäten müssen darauf achten, dass die Übereinkommen und Entscheidungen der Gemeinden ausgeführt werden. Sie müssen sie regelmäßig informieren und das 'Gewicht' des Kollektivs zusammen mit der 'Mundpropaganda', welche in allen Gemeinden funktioniert, wird zu einem Wächter, der schwer zu umgehen ist«<sup>12</sup> (Übers. d. Verf.).

### 1. Die gewaltbegrenzenden Instrumente

Zuletzt gibt es im Zapatismus noch solche Instrumente, die an den Aufbau und die Verteilung der *Cargos* anknüpfen. Dazu zählen die Übernahme der Regierungsgeschäfte auf zentraler Ebene in Turnussen, die Ämter singularität sowie die Ämterrotation ohne Möglichkeit der Wiederwahl. Auf den ersten Blick dienen diese Mechanismen dazu, die Belastung durch das zusätzliche Amt auf die Gemeinschaft zu verteilen, damit der jeweilige Amtsträger noch seinen Lebensunterhalt selbstständig sichern kann. [...] *Marcos* führt zu den genannten Kontrollelementen aus:

»Eine gründliche Analyse wird zeigen, dass dies ein Prozess ist, in dem ganze Dörfer das Regieren lernen.

Die Vorteile? Nun gut, einer davon ist, dass es so schwieriger wird, dass ein Vertreter zu weit geht und mit der Ausrede, wie 'kompliziert' das Regieren ist, die Gemeinden nicht über die Benutzung von Geldern oder über bestimmte Entscheidungen informiert. Je mehr wissen, wie alles abläuft, umso schwieriger wird es sein, zu betrügen und zu lügen. Und die Regierten werden die Regierenden aufmerksamer beobachten.

Auch Korruption wird erschwert. Wenn es gelingt, ein Mitglied der JBG zu bestechen, dann muss man alle autonomen Vertreter bestechen, denn ein 'Deal' mit nur einem von ihnen ist keine Garantie (auch Korruption braucht Kontinuität). Wenn man dann alle Räte bestochen hat, muss man wieder von vorne anfangen, inzwischen haben die Ämter gewechselt und der 'Deal', den man mit einem ausgehandelt hat, funktioniert nicht mehr. Also muss man praktisch alle erwachsenen Einwohner der zapatistischen Gemeinden bestechen«.<sup>13</sup>

Damit die Regierungsgeschäfte aber auch die Kontrolle der Exekutivgremien effektiver werden, bekommen neue Autoritäten eine Fortbildung durch erfahrenere Vertreterinnen und Vertreter. Die zusätzlichen Erfahrungen müssen von ihnen an die Dörfer weitervermittelt werden und diese im Bereich politischer Abläufe schulen.“

### 2. Die gewaltkontrollierenden Instrumente

Das wohl wichtigste Instrument in diesem Prozess ist die umfassende Informations- und Rechenschaftspflicht der zapatistischen Vertreter, Delegierten und Funktionäre gegenüber den *Asambleas* und der *Base de Apoyo*. Sie gehen klassischerweise mit der Gewaltenteilung und dem damit intendierten Pflichten des »Informieren, Erklären, Rechtfertigen« einher. Ohne diese Pflichten

---

12 *Marcos*, *Contrahistorias* No. 16 (2011), S. 102: »Las autoridades deben ver que se cumplan los acuerdos de las comunidades, sus decisiones deben informarse regularmente, y el «peso» del colectivo, junto con el 'pasa la voz' que funciona en todas las comunidades, se convierten en un vigilante difícil de evadir».

13 *Marcos*, *Botschaften*, S. 282 ff., der dies als Mangel bezeichnet, »der keiner ist«.

wären weder die *Asambleas* noch die Unterstützungsbasis in der Lage zu kontrollieren, ob und wie ihre Beschlüsse umgesetzt werden und ob und wie mit dem vorhandenen Geld gewirtschaftet wird. Daher muss jeder Turnus der *Juntas de Buen Gobierno* sowohl am Ende des jeweiligen Turnus als auch am Ende eines Jahres einen Rechenschaftsbericht über Tätigkeiten, die Entwicklung der autonomen Territorien sowie den Ein- und Ausgang von Haushaltsmitteln vorlegen. Da sich die *Juntas* aus Mitgliedern der einzelnen autonomen Landkreise zusammensetzen, müssen diese die Rechenschaftsberichte vor den Regionalregierungen und -versammlungen rechtfertigen. Die Mitglieder der regionalen Versammlungen wiederum unterrichten die Gemeinden. Die Versammlungen haben das Recht und die Pflicht, durch Äußerung von Kritik und öffentlichen Zurechtweisungen Fehlverhalten und Missstände anzuprangern und den Gemeinden kenntlich zu machen.

[...]

Als letztes Kontrollinstrument der zapatistischen Selbstverwaltungsstrukturen muss das Instrument der jederzeitigen Abwählbarkeit, der sog. Recall, genannt werden. Dieses Instrument geht mit der Ausgestaltung der *Cargos* als tendenziell imperatives Mandat einher. Denn wenn die Vertreter durchgehend an ein Votum ihrer Konstituenten gebunden und diesen unmittelbar verantwortlich sind, müssen die Wählerinnen und Wähler die Möglichkeit haben, ihre Vertreterinnen und Vertreter bei Zuwiderhandlung oder einem sonst wie begründeten Verlust des Vertrauensverhältnisses abzusetzen. [...] Ob die Abwahl auf Antrag einer Gemeinde oder auf eigenen Wunsch des Amtsinhabers erfolgt, die jeweiligen Gemeinden müssen darüber abstimmen. Im ersteren Fall kann dieser Antrag von jeder Gemeinde mit begründetem Anfangsverdacht gestellt werden. Die Absetzung erfolgt erst, wenn die anderen an der Wahl beteiligten Gemeinden diesem Votum zustimmen. Bedenkt man, dass das Amt ein *Cargo* ist, ein Dienst an der Gemeinschaft, dann ist die Abwahl für die betroffene Person häufig eine Erleichterung. Daher besteht die Möglichkeit, dass die jeweilige Person aus einem Amt abgewählt und direkt in das nächste Amt einer tieferen Verwaltungsebene versetzt wird. Dieses Vorgehen passt zum gängigen Bestrafungskatalog im Zapatismus für Fehlverhalten, der Kompensation z.B. durch Ableistung von gemeinnütziger Arbeit vorsieht.

### **Zur Beziehung der BAZ zur autonomen Selbstregierung**

Die organisationsrechtlichen Grundlagen des Zapatismus folgen dabei ihrem Verständnis von Würde in seiner Ausprägung als Grundsatz des »Eine Welt, in die viele Welten passen«. Sie bildet das Autonomiestrukturprinzip, welches verhindern soll, dass Menschen in einer zapatistischen Ordnung zu Ausgeschlossenen werden. Dieses »Ausgeschlossen-Sein« drückt den Vorgang der Beschränkung des individuellen Selbstbestimmungsrechts durch hoheitliches Edikt aus, ohne über diese Disposition in angemessener Weise disponiert zu haben. [...] Im zapatistischen Regierungssystem soll das Selbstbestimmungsrecht vor allem über eine Stärkung der Ermächtigungskompetenzen geschützt werden.:

- 11 Jedes Mitglied der BAZ verfügt ab einem bestimmten Alter über das aktive und passive Wahlrecht und kann jedes Amt bekleiden.
- 12 Jeder Teilnehmende muss sich mit einer eigenen Stimme und artikulierten Meinung am Willensbildungsprozess beteiligen.
- 13 In den Versammlungen haben sie ein Rede- und Teilnahmerecht.
- 14 Ein Konsens wird angestrebt. Das Mehrheitsprinzip ist insofern ein wesensgleiches »Minus«.
- 15 Im ordentlichen Entscheidungsverfahren wird die BAZ möglichst umfangreich miteinbezogen und hat erheblichen Einfluss auf die konkret verhandelten und verabschiedeten Inhalte.

16 Die BAZ und die *Asambleas* als demokratisch gewählte Volksvertretungsorgane bilden die übergeordnete Kontrollinstanz.

Diese Rechte haben stets den Charakter von Pflichten, deren Nichteinhaltung sanktioniert werden kann. Da es sich um Rechte und Pflichten handelt, die nicht durch Rückzug in die Privatsphäre gesichert bzw. verwirklicht werden können, sondern nur in der Gemeinschaft Wirkung entfalten, wird das Individuum zur Auseinandersetzung mit dieser gedrängt. So ist die Teilnahme an den Versammlungen grundsätzlich verpflichtend und darüber, welche Person ein öffentliches Amt ausübt, entscheidet die Gemeinde. Eine Verweigerung der Amtsübernahme kann eine Sanktion nach sich ziehen. Für die Betonung des Gemeinschaftlichen spricht auch, dass eine permanente Politisierung der Gemeinschaft angestrebt wird. Sie bildet das Fundament des Schutzes des individuellen Selbstbestimmungsrechts und damit der demokratischen Legitimation der zapatistischen Selbstverwaltungsstrukturen. In der Theorie ist es *ex ante* in den getroffenen Entscheidungen verwirklicht.